

	<p>SuedOstLink - BBPlG Vorhaben Nr. 5 und Nr. 5a -</p>	
	<p>Abschnitt A1 Sachsen-Anhalt Nord</p> <p>Unterlagen gemäß § 76 Abs. 3 VwVfG</p>	<p>Das Vorhaben Nr.5 im SuedOstLink ist von der Europäischen Union gefördert; sie haftet nicht für die Inhalte.</p>  <p>Kofinanziert von der Fazilität „Connecting Europe“ der Europäischen Union</p>
<p>Teil K5 Naturschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen PLANÄNDERUNG I</p>		
<p>Festgestellt nach § 24 NABEG</p> <p>Bonn, den</p>		

Ersteller: FUG / AWI

Dok.: SOL_FUG_A1_21K05_FA2_0000_AntragNatSchGen_03_F

Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis.....	3
Abbildungsverzeichnis.....	4
1. Naturschutzrechtliche Erlaubnisse, Ausnahmen und Befreiungen.....	6
1.1 Grundlage und Einordnung der Anträge	6
1.2 Antragsübergreifende Angaben zu den Vorhaben.....	6
1.3 Antragssteller	7
1.4 Antragsstellung	7
1.5 Anträge auf Befreiung von den Ge- und Verboten der Schutzgebietsverordnungen für Landschaftsschutzgebiete nach § 26 BNatSchG (Befreiung § 67 Abs. 1 BNatSchG)	7
1.5.1 Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Bodeniederung“ gemäß § 26 BNatSchG	8
1.5.2 Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Wippniederung“ gemäß § 26 BNatSchG	13
1.5.3 Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Saale“ gemäß § 26 BNatSchG	17
1.6 Anträge auf Ausnahme bzw. Befreiung von den Verboten für gesetzlich geschützte Biotop nach § 30 Abs. 1 BNatSchG (Ausnahme § 30 Abs. 3 BNatSchG bzw. Befreiung § 67 Abs. 1 BNatSchG)	23
1.6.1 Gesetzlich geschützte Biotop gemäß § 30 BNatSchG i. V. m. § 22 NatSchG LSA sowie gesetzlich geschützte Alleen gemäß § 21 NatSchG LSA.....	23
1.7 Anträge auf Ausnahme von den Verboten zur Freihaltung von Gewässern und Uferzonen (Ausnahme § 61 Abs. 3 BNatSchG).....	32
1.7.1 Angaben zu Gewässer und Uferzone sowie zur Betroffenheit	33
1.7.2 Vorhabenwirkungen auf das Gewässer und die Uferzone.....	35
1.7.3 Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen	35
1.7.4 Fazit und Antragstellung	36
Quellen- und Literaturverzeichnis	37
Abkürzungsverzeichnis	38

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Überblick über vorhabenbedingte Beeinträchtigungen für geschützte Teile von Natur und Landschaft (§ 23 bis 29 BNatSchG) (Teilabschnitt Erdkabel).....	8
Tabelle 2:	Überblick über den Eingriffsumfang sowie die Kompensations-/Wiederherstellungsmaßnahmen im Hinblick auf die erheblichen Beeinträchtigungen des Landschaftsschutzgebietes „Bodeniederung“ gemäß § 26 BNatSchG	11
Tabelle 3:	Überblick über den Eingriffsumfang sowie die Kompensations-/Wiederherstellungsmaßnahmen im Hinblick auf die erheblichen Beeinträchtigungen des Landschaftsschutzgebietes „Wippniederung“ gemäß § 26 BNatSchG (Teilabschnitt Erdkabel)	16
Tabelle 4:	Überblick über den Eingriffsumfang sowie die Kompensations-/Wiederherstellungsmaßnahmen im Hinblick auf die erheblichen Beeinträchtigungen des Landschaftsschutzgebietes „Saale“ gemäß § 26 BNatSchG (Teilabschnitt Erdkabel)	21
Tabelle 5:	Überblick über vorhabenbedingte erhebliche Beeinträchtigungen gesetzlich geschützter Biotope gemäß § 30 BNatSchG i. V. m. § 22 NatSchG sowie gesetzlich geschützter Alleen gemäß § 21 NatSchG LSA	24
Tabelle 6:	Überblick über Kompensations-/Wiederherstellungsmaßnahmen im Hinblick auf die erheblichen Beeinträchtigungen der gesetzlich geschützten Biotope gemäß § 30 BNatSchG i. V. m. § 22 NatSchG LSA sowie § 21 NatSchG LSA	30

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Übersichtskarte LSG „Bodeniederung“ (LSG0025BBG).....	9
Abbildung 2:	Übersichtskarte LSG „Wippniederung“ (LSG0061BBG)	14
Abbildung 3:	Übersichtskarte LSG „Saale“ (LSG0034BBG)	18
Abbildung 4:	Strauch-Baumhecke aus überwiegend heimischen Arten bei Zuwegung A1_WA_554.....	25
Abbildung 5:	Strauch-Baumhecke aus überwiegend heimischen Arten bei Zuwegung A1_Z_019	26
Abbildung 6:	Einzelbaum innerhalb einer Obstbaumreihe bei Zuwegung A1_Z_502	26
Abbildung 7:	Junge Obstallee bei Zuwegung A1_Z_505	27
Abbildung 8:	Baumreihe aus überwiegend nicht-heimischen Gehölzen bei km 23,15 bis 23,23	27
Abbildung 8a:	Alte Obstallee zwischen km 25,95 und 26,05	28
Abbildung 9:	Feldhecke mit standortfremden Gehölzen bei km 41,90	28
Abbildung 10:	Baum-Strauchhecke aus überwiegend heimischen Arten bei km 72,42	29
Abbildung 10a:	Obstbaumreihe bei km 78,89	29
Abbildung 11:	Baum-Strauchhecke aus überwiegend heimischen Arten bei km 87,80 bis 87,83	30

In diesem Dokument wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit das generische Maskulinum verwendet. Weibliche und anderweitige Geschlechteridentitäten werden dabei ausdrücklich mitgemeint, soweit es für die Aussage erforderlich ist.

1. Naturschutzrechtliche Erlaubnisse, Ausnahmen und Befreiungen

1.1 Grundlage und Einordnung der Anträge

Inhalt von Teil K5 ist die ausführliche Prüfung auf Eintreten von Verbotstatbeständen nach LandesNatSchG oder §§ 23 bis 30 BNatSchG sowie die Stellung der erforderlichen Anträge nach BNatSchG für den Teilabschnitt Erdkabel. Die Ergebnisse der Prüfung der Verbotstatbestände nach LandesNatSchG oder BNatSchG werden im LBP zusammengefasst (vgl. Teil I). Die detaillierte Prüfung arten- und gebietsschutzrechtlicher Verbotstatbestände erfolgt in weiteren Unterlagen (Teil H AFB für § 44 Abs. 1 und 5 BNatSchG und Teil G Natura 2000-Verträglichkeitsprüfung für § 34 Abs. 2 BNatSchG).

Die Prüfung auf Eintreten von Verbotstatbeständen nach LandesNatSchG und BNatSchG in Teil K5 umfasst damit auch Fälle, in denen sich im Ergebnis herausstellt, dass keine Verbotstatbestände erfüllt sind und daher keine Ausnahme/Befreiung erforderlich ist. Fälle, die einer Ausnahme/Befreiung von einem landesrechtlichen Verbot oder einer Erlaubnis nach Landesrecht bedürfen, werden mit Bezug zur landesrechtlichen Regelung unter der entsprechenden Schutzgebietskategorie (Kap. 1.5 oder 1.6) aufgeführt.

Juristische Hinweise:

Eine Befreiung nach § 67 BNatSchG erfordert – über die im Gesetz geregelten Tatbestandsmerkmale hinaus –, dass die Befreiungssituation einen so nicht vorgesehenen und deshalb singulären Einzelfall erfasst, der sich vom gesetzlich geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt (OVG Berlin-Brandenburg, NVwZ-RR 2013, 96). Bei Erfordernis wird im Folgenden im Einzelfall auf die Atypik eingegangen.

Neben einer Befreiung nach § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG (überwiegendes öffentliches Interesse) besteht die grundsätzliche Möglichkeit einer Befreiung nach § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG (unzumutbare Belastung). Bei den vorliegenden Vorhaben wird im Regelfall jedoch der Befreiungsgrund Nr. 1 einschlägig sein.

1.2 Antragsübergreifende Angaben zu den Vorhaben

Der SuedOstLink (SOL) ist ein Netzausbauprojekt des Stromübertragungsnetzes. Es besteht aus den Vorhaben Nr. 5 sowie dem Vorhaben Nr. 5a gemäß Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG). Beide Vorhaben sind Leitungen zur Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung und werden mit einem Erdkabelvorrang geplant.

Das Vorhaben Nr. 5 verläuft von Wolmirstedt bei Magdeburg in Sachsen-Anhalt bis Isar in Bayern. Das Vorhaben Nr. 5a ist eine Verbindung vom Netzverknüpfungspunkt Klein Rogahn/Stralendorf/Warsow/Holthusen/Schossin in Mecklenburg-Vorpommern über den Landkreis Börde bis zum Netzverknüpfungspunkt Isar in Bayern. Vom Landkreis Börde bis Isar erfolgt in räumlicher Nähe eine gemeinsame Verlegung beider Vorhaben.

Der Planfeststellungsabschnitt A1 erstreckt sich im Norden zwischen dem Umspannwerk Wolmirstedt und der Ortschaft Golbitz an der Landkreisgrenze der Landkreise Salzlandkreis und Saalekreis im Süden. Der Teilabschnitt Erdkabel beginnt bei km 18,4 südlich der KÜS/KAS Hohe Börde und umfasst neben der Verlegung von DC-Erdkabeln (Gleichstrom) auch die KAS Golbitz. Konkretere Ausführungen des Erdkabels zu den Vorhabenkomponenten, zum Bauablauf und zu spezifischen Merkmalen der Vorhaben, die umweltrelevante Auswirkungen hervorrufen können, sind Kapitel 3 des Teils I (Landschaftspflegerischer Begleitplan) sowie Kapitel 2.3.1 des Teils F (UVP-Bericht) zu entnehmen. Die Beschreibungen zum Bauablauf können der Unterlage Teil C2.2 entnommen werden.

1.3 Antragssteller

50Hertz Transmission GmbH
Heidestraße 2
10557 Berlin

1.4 Antragsstellung

Mit dem vorliegenden Antrag werden für die Landschaftsschutzgebiete „Bodeniederung“, „Wippeniederung“ und „Saale“ im Landkreis Salzlandkreis gemäß der jeweiligen Schutzgebietsverordnung Befreiungen für die mit dem Vorhaben einhergehenden baubedingten Beeinträchtigungen beantragt (vgl. Kap. 1.5).

Darüber hinaus wird mit dieser Unterlage ein Antrag auf Ausnahme gemäß § 30 Abs. 3 BNatSchG von den Verboten für die betroffenen gesetzlich geschützten Biotope und Alleen in Sachsen-Anhalt (vgl. Kap. 1.6) sowie zwei Anträge auf Ausnahme gemäß § 61 Abs. 3 BNatSchG von dem Verbot der Errichtung baulicher Anlagen in der Uferzone der „Siegtrenne“ sowie des „Graben am Feldweg“ (vgl. Kap. 1.7) gestellt.

1.5 Anträge auf Befreiung von den Ge- und Verboten der Schutzgebietsverordnungen für Landschaftsschutzgebiete nach § 26 BNatSchG (Befreiung § 67 Abs. 1 BNatSchG)

In diesem Kapitel wird das Eintreten von Verbotstatbeständen für durch den SuedOstLink betroffene Schutzgebiete geprüft sowie die Anträge auf Befreiung nach § 67 Abs. 1 BNatSchG von den Ge- und Verboten bzw. auf Erlaubnis nach den jeweiligen Schutzgebietsverordnungen für Landschaftsschutzgebiete nach § 26 BNatSchG gestellt.

Gemäß § 26 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 BNatSchG sind **Landschaftsschutzgebiete** „*rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist*

- *zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, einschließlich des Schutzes von Lebensstätten und Lebensräumen bestimmter wild lebender Tier- und Pflanzenarten,*
- *wegen der Vielfalt, Eigenart und Schönheit oder der besonderen kulturhistorischen Bedeutung der Landschaft oder*
- *wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Erholung.“*

In diesen sind gemäß § 26 Abs. 2 BNatSchG „*alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen.*“

Für Naturschutzgebiete (§ 23 BNatSchG), Nationalparke/Nationale Naturmonumente (§ 24 BNatSchG), Biosphärenreservate (§ 25 BNatSchG), Naturparke (§ 27 BNatSchG), Naturdenkmäler (§ 28 BNatSchG) und geschützte Landschaftsbestandteile (§ 29 BNatSchG) sowie für zwei der fünf im Untersuchungsraum der Vorzugstrasse vorkommenden Landschaftsschutzgebiete (§ 26 BNatSchG) sind im Teilabschnitt Erdkabel im Abschnitt A1 des SuedOstLink keine Befreiungen zu beantragen.

Zum Überblick werden in Tabelle 1 vorerst alle vom SOL betroffenen oder tangierten Schutzgebiete, nach Schutzgebietskategorien geordnet, aufgelistet.

Tabelle 1: Überblick über vorhabenbedingte Beeinträchtigungen für geschützte Teile von Natur und Landschaft (§ 23 bis 29 BNatSchG) (Teilabschnitt Erdkabel)

Landkreis	Schutzgebietskategorie	Schutzgebiet Bezeichnung	Trassen-km	Wirkfaktor*	Fläche [m²]
Salzland- kreis	Landschaftsschutzgebiet § 26 BNatSchG	Bodeniederung	58,45 bis 59,05	1-1, 2-1, 3-1	36.370
Salzland- kreis	Landschaftsschutzgebiet § 26 BNatSchG	Wippniederung	65,7 bis 65,9	1-1, 2-1, 3-1	440
Salzland- kreis	Landschaftsschutzgebiet § 26 BNatSchG	Saale	73,7 und 76,72	1-1, 2-1, 3-1	262.060

* Eine ausführliche Beschreibung der Wirkfaktoren kann dem Kap. 2.3.2 des UVP-Berichtes entnommen werden (vgl. Unterlage Teil F).

1.5.1 Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Bodeniederung“ gemäß § 26 BNatSchG

1.5.1.1 Angaben zum Schutzgebiet und zur Betroffenheit

Das durch den Landrat Bernburg am 04.12.1998 ausgewiesene Landschaftsschutzgebiet „Bodeniederung“ (LSG0025BBG) wird zwischen km 58,45 bis 59,05 durch die Vorzugstrasse gequert. Das Schutzgebiet hat eine Größe von insgesamt ca. 780 ha, liegt im Salzlandkreis südöstlich von Lößnitz (Bode) und umfasst den Auenbereich der Bode sowie zahlreiche Zuflüsse zur Bode. Die Flächenbeanspruchung des SOL mit ca. 3,63 ha beträgt insgesamt < 1 % der Gesamtfläche des LSG. Die nachfolgende Abbildung 1 zeigt die Lage des SOL innerhalb des LSG.

Die Querung des Landschaftsschutzgebietes erfolgt zwischen der Bode östlich von Lößnitz und der Landesstraße 73 auf einer Länge von ca. 600 m in offener sowie in geschlossener Bauweise. Die Gesamtlänge der geschlossenen Querungen im LSG beträgt dabei ca. 250 m. Durch die offene Bauweise entstehen vor allem die großflächige Beanspruchung von Ackerflächen.

Die naturschutzfachlich hochwertigen Strukturen der Bodeniederung sowie der Graben im Park Lößnitz einschließlich begleitender Gehölzstrukturen werden in geschlossener Bauweise gequert, so dass für diese keine Eingriffe durch den SOL entstehen.

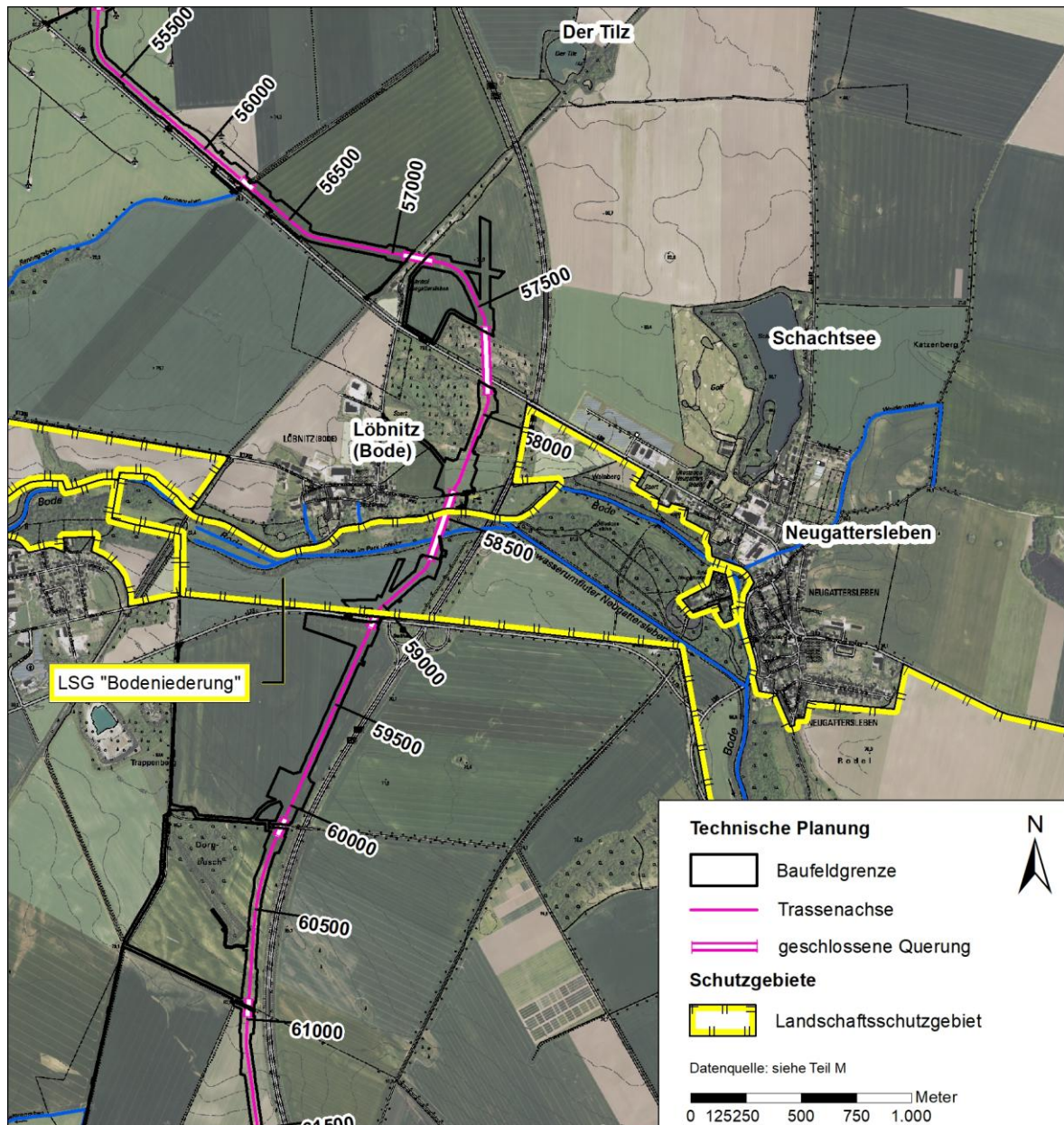


Abbildung 1: Übersichtskarte LSG „Bodeniederung“ (LSG0025BBG)

Schutzzweck

Das Landschaftsschutzgebiet dient als rechtsverbindlich festgesetztes Gebiet gemäß § 26 BNatSchG Abs. 1 Nr. 1 bis 3 dem Zweck des besonderen Schutzes von Natur und Landschaft, insbesondere zur Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder Nutzungsfähigkeit der Naturgüter [...], der Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes sowie wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Erholung.

Die Unterschutzstellung des LSG erfolgte gemäß § 1 Abs. 1 bis 3 der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Bodeniederung“ vom 04.12.1988 (nachfolgend LSG-VO genannt) aus den nachfolgenden Zwecken:

- (1) Das Landschaftsschutzgebiet umfasst die untere Bode mitsamt Ufer- und Auenbereich sowie Teile der flach bis mäßig geneigten Talhänge, welche die großräumig strukturarme Bördelandschaft gliedern und beleben. Neben der überwiegenden landwirtschaftlichen Nutzung wird das Gebiet im Auenbereich durch Altwässer, feuchte Wiesen und Gehölzbestände geprägt, an den verhältnismäßig steileren Hangbereichen kommen Trockenrasen vor. Obstgehölze finden sich

vor allem entlang der Wege. Besondere Bedeutung besitzt das Gebiet als Element des Biotopverbundes zwischen den bestehenden Landschaftsschutzgebieten „Saale“ und "Bodeniederung" im Landkreis Aschersleben-Staßfurt. Bode und Saale insgesamt stellen einen Biotopverbund zwischen den Großräumen Elbaue und Harz dar.

(2) Das Schutzziel dieser Verordnung ist

1. die Erhaltung oder Wiederherstellung, Pflege und Entwicklung der ökologischen Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts,
2. die Erhaltung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes und
3. die Nutzung und Entwicklung für die Erholung des in Abs. 1 beschriebenen Gebietes, insbesondere
 - Erhaltung naturnaher Gewässer und Sicherung der uferbegleitenden Vegetation bzw. Renaturierung naturferner Gewässerabschnitte;
 - Sicherung der Überschwemmungsbereiche;
 - Umwandlung von in Überschwemmungsbereichen gelegenen Äckern in extensiv genutztes Grünland oder in standortgerechte Gehölzbestände, soweit diese dem schadlosen Abfluss des Hochwassers nicht entgegenstehen;
 - Schutz des Bodens vor Erosion durch Niederschlagswasser;
 - Gliederung und Belebung der Hänge durch Hecken, Feldgehölze, Sukzessionsflächen und Säume;
 - Weiterführung der extensiven Nutzung der Feucht- und Trockenstandorte;
 - Sicherung der Vegetation im Rahmen einer ordnungsgemäßen Nutzung;
 - Pflanzenbau und Tierhaltung so zu betreiben, dass nach dem Stand der Technik die natürlichen Ressourcen so gering wie möglich belastet werden, insbesondere im Hinblick auf die Schonung naturnaher Biotope und Begrenzung der Emissionen. Soweit Regeln umweltschonender Landwirtschaft entwickelt sind, soll sie der Landnutzer berücksichtigen;
 - Umwandlung standortfremder Gehölzpflanzungen in naturnahe Waldgesellschaften;
 - Entwicklung vielfältiger Waldmäntel mit vorgelagerten Saumstreifen;
 - Entwicklung des Gebietes als Element des regionalen Biotopverbundes;
 - Sicherung des Gebietes für die naturverträgliche Erholung.

Verbote

Im Landschaftsschutzgebiet sind gemäß § 4 Abs. 1 der LSG-VO alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen.

Darüber hinaus sind gemäß § 4 Abs. 2 der LSG-VO insbesondere verboten:

[...]

- a) bauliche Anlagen aller Art, auch wenn sie keiner baurechtlichen Genehmigung bedürfen oder nur vorübergehender Art sind, zu errichten oder zu verändern, einschließlich der Befestigung der Bodenoberfläche, der Verlegung ortsfester Draht und Rohrleitungen, der Errichtung von Bade- und Campingplätzen sowie von Einfriedungen, Absperrungen und Verkaufseinrichtungen;

[...]

- e) den Wasserhaushalt nachteilig zu verändern, auch wenn die Maßnahmen keiner wasserrechtlichen Genehmigung bedürfen;
- f) das Bodenrelief durch Abgrabungen, Aufschüttungen, Sprengungen oder sonstige Art zu verändern;

[...]

- n) die Ruhe und den Naturgenuss durch jedweden Lärm zu stören (z. B. durch Tonwiedergabegeräte, Motocross);

[...].

Von den vorgenannten Verboten gemäß § 7 LSG-VO kann die untere Naturschutzbehörde auf Antrag eine Befreiung gewähren.

1.5.1.2 Beschreibung und Bewertung der Vorhabenwirkungen auf das Schutzgebiet

Durch den SOL ergeben sich die in Tabelle 2 aufgelisteten baubedingten Auswirkungen innerhalb des LSG „Bodeniederung“.

Tabelle 2: Überblick über den Eingriffsumfang sowie die Kompensations-/Wiederherstellungsmaßnahmen im Hinblick auf die erheblichen Beeinträchtigungen des Landschaftsschutzgebietes „Bodeniederung“ gemäß § 26 BNatSchG

Betroffen- heit	Bestand		Planung		Fläche [m²]	Maß- nahme
	Biotop- code	Biototyp	Biotop- code	Biototyp		
Baubedingte Auswirkungen						
Baustellen- einrichtungs- flächen und Zuwegung A1_Z_149	AI	Intensiv genutzter Acker	AI	Intensiv genutzter Acker	36.030	A 12
	URA	Ruderalflur, gebildet von ausdauernden Arten	URA	Ruderalflur, gebildet von ausdauernden Arten	10	A 17
Flächen der Wasserablei- tung E-A1-59.1 E-A1-59.2	FFF	Flüsse der planaren bis montanen Stufe mit Vegetation des Ra- nunculion fluitantis und des Callitrichio- Batrachion (LRT 3260)	FFF	Flüsse der planaren bis montanen Stufe mit Vegetation des Ra- nunculion fluitantis und des Callitrichio- Batrachion (LRT 3260)	95	-
	FGK/HGA	Graben mit artenrei- cher Vegetation (so- wohl unter als auch über Wasser)/Feldge- hölz aus überwiegend heimischen Arten	FGK/HGA	Graben mit artenrei- cher Vegetation (so- wohl unter als auch über Wasser)/Feldge- hölz aus überwiegend heimischen Arten	45	-
	HGA	Feldgehölz aus über- wiegend heimischen Arten	HAG	Feldgehölz aus über- wiegend heimischen Arten	165	-
	WWA	*Auenwälder mit Al- nus glutinosa und Fraxinus excelsior (Alno-Padion, Alnion incanae, Salicion al- bae) (LRT 91E0) Teil: Weichholzaunenwäl- der an Fließgewäs- sern (Salicion albae)	WWA	*Auenwälder mit Al- nus glutinosa und Fraxinus excelsior (Alno-Padion, Alnion incanae, Salicion al- bae) (LRT 91E0) Teil: Weichholzaunenwäl- der an Fließgewäs- sern (Salicion albae)	25	-

Durch das Baufeld und die Errichtung der Zuwegung A1_Z_149 werden hauptsächlich landwirtschaftliche Nutzflächen wie Acker beansprucht. Zudem werden in geringerem Umfang Ruderalflächen beansprucht.

Nicht als Eingriff in die Biotop- und Nutzungsstrukturen werden die Flächen der Wasserhaltung bewertet, da diese schonend und ohne Abtrag des Oberbodens erfolgen. Daher ist für diese Flächen

keine Wiederherstellung im Sinne einer Ausgleichsmaßnahme erforderlich. Die Flächen der Wasserhaltung werden nach dem Bauende zurückgebaut und wenn notwendig rekultiviert.

Beeinträchtigungen wertgebender Biotopstrukturen werden durch die Errichtung bauzeitlicher Schutzmaßnahmen vermieden (V 22). Vorgesehen sind bedarfsweise ein Biotopschutzzaun (V 22.1) oder ein Einzelbaumschutz (V 22.2).

Nach dem Bauende erfolgt eine vollständige Wiederherstellung der Biotopstrukturen entsprechend ihres Ausgangszustandes durch die Umsetzung der nachfolgenden Ausgleichsmaßnahmen.

- A 12: Wiederherstellung temporär genutzter Flächen unter dem Aspekt des Bodenschutzes
- A 17: Wiederherstellung von Stauden- und Ruderalfluren

Darüber hinaus verbleibender Kompensationsbedarf wird über die Ökokontomaßnahme A/E 19 (Ökokonto „Sülzetal bei Sülldorf“) ausgeglichen bzw. ersetzt.

Die Lage der Vermeidungs- sowie der Kompensationsmaßnahmen kann dem LBP in Teil I6.1 und Teil I6.3 entnommen werden. Eine ausführliche Beschreibung der Maßnahmen erfolgt in den Maßnahmenblättern (Teil I3).

Die aufgeführten baubedingten Auswirkungen des SOL im Teilabschnitt Erdkabel erfüllen unter Berücksichtigung der Kompensationsmaßnahmen keine Verbotstatbestände i. S. d. § 26 Abs. 2 BNatSchG i. V. m. § 4 Abs. 1 LSG-VO, da sie weder den Charakter des Gebietes verändern noch dem Schutzzweck zuwiderlaufen.

Gemäß § 4 Abs. 2 Nr. a LSG-VO ist es verboten, bauliche Anlagen aller Art, auch wenn sie keiner baurechtlichen Genehmigung bedürfen oder nur vorübergehender Art sind, zu errichten oder zu verändern, einschließlich der Befestigung der Bodenoberfläche, der Verlegung ortsfester Draht- und Rohrleitungen [...], den Wasserhaushalt nachteilig zu verändern, auch wenn die Maßnahmen keiner wasserrechtlichen Genehmigung bedürfen (vgl. § 4 Abs. 2 Nr. e LSG-VO), das Bodenrelief durch Abgrabungen, Aufschüttungen, Sprengungen oder sonstige Art zu verändern (vgl. § 4 Abs. 2 Nr. f LSG-VO) und die Ruhe und den Naturgenuss durch jedweden Lärm zu stören (vgl. § 4 Abs. 2 Nr. n LSG-VO).

Während der Bauphase kann es durch den Baustellenverkehr oder die Bautätigkeiten an sich zu Störungen durch Lärm kommen. Im Zuge der geschlossenen Querung A1_057 ist zudem für die Start-/Zielgrube eine Grundwasserhaltung und Wasserableitung in die Bode (E-A1-59.1) und den Graben am Park Löbnitz (E-A1-59.2) erforderlich. Durch die Herstellung des Kabelgrabens kommt es zudem zu einer zeitlich befristeten Ablagerung des Bodenaushubes.

Es ist eine Befreiung von den Verboten erforderlich.

1.5.1.3 Darlegung der Befreiungsvoraussetzungen

Entsprechend den Ausführungen in Kap. 1.5.1.2 führen die baubedingten Auswirkungen des SOL unter Berücksichtigung der Wiederherstellungsmaßnahmen nicht zu einer Veränderung des Charakters des Gebietes, da unter Berücksichtigung der Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen eine Schutzzweckgefährdung verhindert wird. Durch die Realisierung des Vorhabens werden aufgrund bauzeitlicher Maßnahmen Verbotstatbestände gemäß § 4 der LSG-VO ausgelöst, die sich durch das Absenken und Umleiten von Grundwasser (vgl. § 4 Abs. 2 Nr. e LSG-VO), dem Lärm des Baustellenverkehrs (vgl. § 4 Abs. 2 Nr. n LSG-VO) sowie der Ablagerung von Bodenaushub im LSG begründen (vgl. § 4 Abs. 2 Nr. f LSG-VO). Diese bedürfen eines Antrages auf Befreiung. Die Voraussetzungen hierfür ergeben sich aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art (vgl. § 67 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG). Die Befreiung wird daher für die vorgenannten Handlungen beantragt.

1.5.1.4 Fazit und Antragstellung

Durch den Neubau des SuedOstLink innerhalb des Landschaftsschutzgebietes „Bodeniederung“ wird der Charakter des Gebietes nicht verändert. Es werden zudem keine Handlungen durchgeführt, die dem Schutzzweck nach § 3 der LSG-VO zuwiderlaufen. Die mit dem Vorhaben einhergehenden baubedingten Beeinträchtigungen lösen jedoch Verbotstatbestände gemäß § 4 der LSG-VO aus. Der Befreiungstatbestand des § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG i. V. m. § 6 LSG-VO trifft, wie in Kap. 1.5.1.3 aufgeführt, für das Vorhaben SOL im Teilabschnitt Erdkabel in Abschnitt A1 zu. Die Befreiung von den Verboten der Landschaftsschutzgebietsverordnung vom 04.12.1998 wird mit dieser Unterlage beantragt.

1.5.2 Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Wippniederung“ gemäß § 26 BNatSchG

1.5.2.1 Angaben zum Schutzgebiet und zur Betroffenheit

Das durch den Landrat Bernburg am 25. Juni 1998 ausgewiesene Landschaftsschutzgebiet „Wipper“ (LSG0061BBG) wird zwischen km 66,7 und 65,9 durch die Vorzugstrasse gequert. Das Schutzgebiet hat eine Größe von insgesamt ca. 261 ha und liegt im Salzlandkreis bei Ilberstedt. Es umfasst die Niederung am Unterlauf der Wipper kurz vor der Einmündung in die Saale und erstreckt sich zwischen Osmarsleben im Westen und Aderstedt im Osten. Die Wipper hat sich hier flach in die Landschaft gegraben, so dass größtenteils nur sanft geneigte Hänge die Niederung begrenzen. An wenigen Stellen bilden steilere Hänge markante Geländestufen und beleben die umliegende strukturarme Agrarlandschaft. Die Talhänge sind stellenweise bewaldet. Ihre unmittelbare Aue wird eingenommen von Grünland unterschiedlichen Feuchtegrades, Waldreste werden von Baumarten der Hartholzaue bestimmt. Die direkte Flächenbeanspruchung des SOL mit ca. 440 m² beträgt insgesamt < 1 % der Gesamtfläche des LSG. Die nachfolgende Abbildung 2 zeigt die Lage des SOL innerhalb des LSG.

Die Querung des Landschaftsschutzgebietes erfolgt zwischen der Kreisstraße 1374 und einem Wirtschaftsweg bei Bullenstedt auf einer Länge von ca. 280 m in geschlossener Bauweise. Lediglich ein Bereich des Baufeldes südlich der Wipper ragt in das LSG hinein. Eine Betroffenheit besteht dabei ausschließlich für eine Ackerfläche. Die naturschutzfachlich hochwertigen Strukturen der Wippniederung einschließlich begleitender Gehölzstrukturen sowie ein Grünlandkomplex werden in geschlossener Bauweise gequert, so dass für diese keine Eingriffe durch den SOL entstehen.

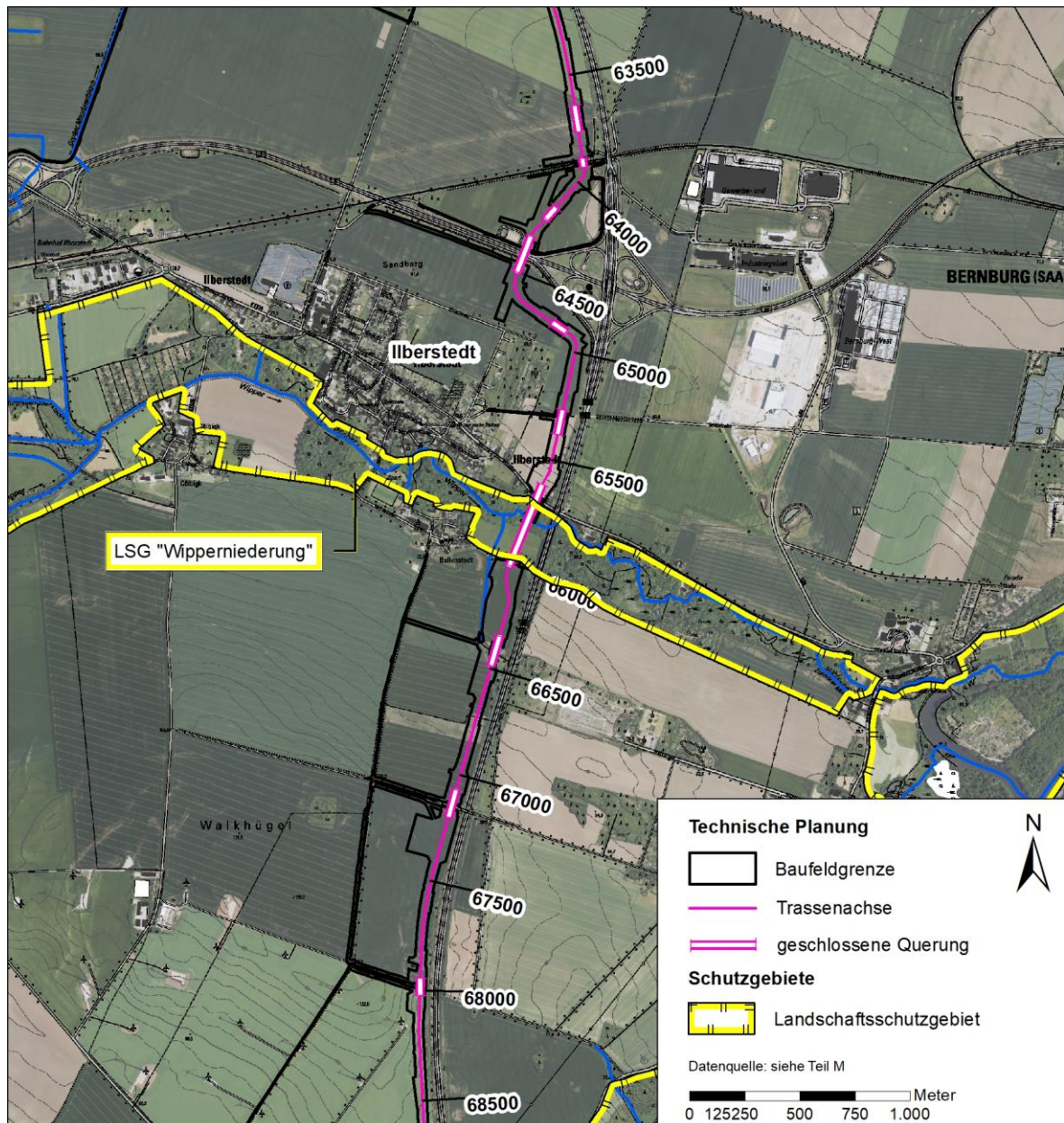


Abbildung 2: Übersichtskarte LSG „Wipperniederung“ (LSG0061BBG)

Schutzzweck

Das Landschaftsschutzgebiet dient als rechtsverbindlich festgesetztes Gebiet gemäß § 26 BNatSchG Abs. 1 Nr. 1 bis 3 dem Zweck des besonderen Schutzes von Natur und Landschaft, insbesondere zur Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder Nutzungsfähigkeit der Naturgüter [...], der Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes sowie wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Erholung.

Die Unterschutzstellung des LSG dient gemäß § 3 der Verordnung des Landkreises Bernburg über die Festsetzung des Landschaftsschutzgebietes „Wipperniederung“ vom 25. Juni 1998 (nachfolgend LSG-VO genannt) den nachfolgenden Zwecken:

- (1) Das Landschaftsschutzgebiet umfasst die Wipper mitsamt Ufer- und Auenbereich sowie Teile der flach geneigten, stellenweise steilen Talhänge, welche das großräumig strukturarme nordöstliche Harzvorland gliedern und beleben. Neben der überwiegenden landwirtschaftlichen Nutzung wird das Gebiet im Bereich der Aue durch Altwässer, feuchte Wiesen und

Gehölzbestände geprägt, die steileren Talhänge sind teilweise bewaldet. Obstgehölze befinden sich vor allem entlang der Wege. Besondere regionale Bedeutung besitzt das Gebiet als Element des Biotopverbundes.

(2) Das Schutzziel dieser Verordnung ist

1. die Erhaltung oder Wiederherstellung, Pflege und Entwicklung der ökologischen Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts
2. die Erhaltung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes und
3. die Nutzung und Entwicklung für die Erholung des in Abs. 1 beschriebenen Gebietes, insbesondere
 - Erhaltung naturnaher Gewässer und Sicherung der uferbegleitenden Vegetation bzw. Renaturierung naturferner Gewässerabschnitte;
 - Sicherung der Überschwemmungsbereiche;
 - Umwandlung von in Überschwemmungsbereichen gelegenen Äckern in extensiv genutztes Grünland oder in standortgerechte Gehölzbestände, soweit diese dem schadlosen Abfluss des Hochwassers nicht entgegenstehen;
 - Schutz des Bodens vor Erosion durch Niederschlagswasser;
 - Gliederung und Belebung der Hänge durch Hecken, Feldgehölze, Sukzessionsflächen und Säume;
 - Weiterführung der extensiven Nutzung der Feucht- und Trockenstandorte;
 - Sicherung der Vegetation im Rahmen einer ordnungsgemäßen Nutzung;
 - Pflanzenbau und Tierhaltung so zu betreiben, dass nach dem Stand der Technik die natürlichen Ressourcen so gering wie möglich belastet werden, insbesondere im Hinblick auf die Schonung naturnaher Biotope und Begrenzung der Emissionen. Soweit Regeln umweltschonender Landwirtschaft entwickelt sind, soll sie der Landnutzer berücksichtigen;
 - Umwandlung standortfremder Gehölzpflanzungen in naturnahe Waldgesellschaften;
 - Entwicklung vielfältiger Waldmäntel mit vorgelagerten Saumstreifen;
 - Entwicklung des Gebietes als Element des regionalen Biotopverbundes;
 - Sicherung des Gebietes für die naturverträgliche Erholung.

Verbote

Im Landschaftsschutzgebiet sind gemäß § 4 Abs. 1 der LSG-VO alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen.

Darüber hinaus sind gemäß § 4 Abs. 2 der LSG-VO insbesondere verboten:

[...]

- a) bauliche Anlagen aller Art, auch wenn sie keiner baurechtlichen Genehmigung bedürfen oder nur vorübergehender Art sind, zu errichten oder zu verändern, einschließlich der Befestigung der Bodenoberfläche, der Verlegung ortsfester Draht und Rohrleitungen, der Errichtung von Bade- und Campingplätzen sowie von Einfriedungen, Absperrungen und Verkaufseinrichtungen;

[...]

- e) den Wasserhaushalt nachteilig zu verändern, auch wenn die Maßnahmen keiner wasserrechtlichen Genehmigung bedürfen;

[...]

- n) die Ruhe und den Naturgenuss durch jedweden Lärm zu stören (z. B. durch Tonwiedergabegeräte, Motocross);

[...].

Von den vorgenannten Verboten gemäß § 7 LSG-VO kann die untere Naturschutzbehörde auf Antrag eine Befreiung gewähren.

1.5.2.2 Beschreibung und Bewertung der Vorhabenwirkungen auf das Schutzgebiet

Durch den SOL ergeben sich die in Tabelle 3 aufgelisteten baubedingten Auswirkungen innerhalb des LSG „Wippniederung“.

Tabelle 3: Überblick über den Eingriffsumfang sowie die Kompensations-/Wiederherstellungsmaßnahmen im Hinblick auf die erheblichen Beeinträchtigungen des Landschaftsschutzgebietes „Wippniederung“ gemäß § 26 BNatSchG (Teilabschnitt Erdkabel)

Betroffenheit	Bestand		Planung		Fläche [m²]	Maßnahme
	Biotop-code	Biotoptyp	Biotop-code	Biotoptyp		
Baustellen-einrichtungs-fläche	AI	Intensiv genutzter Acker	AI	Intensiv genutzter Acker	10	A 12
Fläche der Wasserableitung E-A1-65.1g	YEZ	Pionierwald Erle-Zitter-Pappel	YEZ	Pionierwald Erle-Zitter-Pappel	380	-
	FFF	Flüsse der planaren bis montanen Stufe mit Vegetation des Ranunculion fluitantis und des Callitrichio-Batrachion (LRT 3260)	FFF	Flüsse der planaren bis montanen Stufe mit Vegetation des Ranunculion fluitantis und des Callitrichio-Batrachion (LRT 3260)	45	-
	WEA	*Auenwälder mit Alnus glutinosa und Fraxinus excelsior (Alno-Padion, Alnion incanae, Salicion albae)	WEA	*Auenwälder mit Alnus glutinosa und Fraxinus excelsior (Alno-Padion, Alnion incanae, Salicion albae)	5	-

Durch das Bau Feld wird ausschließlich landwirtschaftlich genutzte Ackerfläche beansprucht. Nicht als Eingriff in die Biotop- und Nutzungsstrukturen werden die Flächen der Wasserhaltung bewertet, da diese schonend und ohne Abtrag des Oberbodens erfolgen. Daher ist für diese Flächen keine Wiederherstellung im Sinne einer Ausgleichsmaßnahme erforderlich. Die Flächen der Wasserhaltung werden nach dem Bauende zurückgebaut und wenn notwendig rekultiviert.

Beeinträchtigungen wertgebender Biotopstrukturen werden durch die Errichtung bauzeitlicher Schutzmaßnahmen vermieden (V 22). Vorgesehen sind bedarfsweise ein Biotopschutzzaun (V 22.1) oder ein Einzelbaumschutz (V 22.2).

Nach dem Bauende erfolgt eine vollständige Wiederherstellung der Biotopstrukturen entsprechend ihres Ausgangszustandes durch die Umsetzung der nachfolgenden Ausgleichsmaßnahmen.

- A 12: Wiederherstellung temporär genutzter Flächen unter dem Aspekt des Bodenschutzes

Die Lage der Vermeidungs- sowie der Kompensationsmaßnahmen kann dem LBP in Teil I6.1 entnommen werden. Eine ausführliche Beschreibung der Maßnahmen erfolgt in den Maßnahmenblättern (Teil I3).

Die aufgeführten baubedingten Auswirkungen des SOL erfüllen unter Berücksichtigung der Kompensationsmaßnahmen keine Verbotstatbestände i. S. d. § 26 Abs. 2 BNatSchG i. V. m. § 4 Abs. 1 LSG-VO, da sie weder den Charakter des Gebietes verändern noch dem Schutzzweck zuwiderlaufen.

Gemäß § 4 Abs. 2 Nr. a LSG-VO ist es verboten, bauliche Anlagen aller Art, auch wenn sie keiner baurechtlichen Genehmigung bedürfen oder nur vorübergehender Art sind, zu errichten oder zu verändern, einschließlich der Befestigung der Bodenoberfläche, der Verlegung ortsfester Draht- und Rohrleitungen [...], den Wasserhaushalt nachteilig zu verändern, auch wenn die Maßnahmen keiner

wasserrechtlichen Genehmigung bedürfen (vgl. § 4 Abs. 2 Nr. e) und die Ruhe und den Naturgenuss durch jedweden Lärm zu stören (vgl. § 4 Abs. 2 Nr. n).

Während der Bauphase kann es durch den Baustellenverkehr oder die Bautätigkeiten an sich zu Störungen durch Lärm kommen. Für den Aushub des Kabelgrabens wird die temporäre Lagerung von Boden erforderlich. Im Zuge der geschlossenen Querung ist zudem für die Start-/Zielgrube eine Grundwasserhaltung und Wasserableitung erforderlich und es werden ca. 10 m² Ackerfläche für die Errichtung von Arbeitsflächen im LSG beansprucht.

Es ist eine Befreiung von den Verboten erforderlich.

1.5.2.3 Darlegung der Befreiungsvoraussetzungen

Entsprechend den Ausführungen in Kap. 0 führen die baubedingten Auswirkungen des SOL unter Berücksichtigung der Wiederherstellungsmaßnahmen nicht zu einer Veränderung des Charakters des Gebietes, da unter Berücksichtigung der Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen eine Schutzzweckgefährdung verhindert wird. Durch die Realisierung des Vorhabens werden aufgrund bauzeitlicher Maßnahmen Verbotstatbestände gemäß § 4 Abs. 2 der LSG-VO ausgelöst, die sich durch die Errichtung baulicher Anlagen (vgl. § 4 Abs. 2 Nr. a), der Änderung des Wasserhaushalts durch Wasserableitungen (vgl. § 4 Abs. 2 Nr. e) und der Störung von Ruhe und Naturgenuss durch Baustellenlärm (vgl. § 4 Abs. 2 Nr. n) ergeben. Diese bedürfen eines Antrages auf Befreiung. Dies Voraussetzungen hierfür ergeben sich aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art (vgl. § 67 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG). Die Befreiung wird daher für die vorgenannten Handlungen beantragt.

1.5.2.4 Fazit und Antragstellung

Durch den Neubau des SuedOstLink innerhalb des Landschaftsschutzgebietes „Wippniederung“ wird der Charakter des Gebietes nicht verändert. Es werden zudem keine Handlungen durchgeführt, die dem Schutzzweck nach § 3 der LSG-VO zuwiderlaufen. Die mit dem Vorhaben einhergehenden baubedingten Beeinträchtigungen lösen jedoch Verbotstatbestände gemäß § 4 Abs. 2 der LSG-VO aus. Der Befreiungstatbestand des § 67 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG trifft, wie in Kap. 1.5.2.3 aufgeführt, für das Vorhaben SOL im Teilabschnitt Erdkabel im Abschnitt A1 zu. Die Befreiung von den Verboten der Landschaftsschutzgebietsverordnung vom 25. Juni 1998 über das Landschaftsschutzgebiet „Wippniederung“ wird mit dieser Unterlage beantragt.

1.5.3 Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Saale“ gemäß § 26 BNatSchG

1.5.3.1 Angaben zum Schutzgebiet und zur Betroffenheit

Das durch den Landrat Bernburg am 22.12.1999 ausgewiesene Landschaftsschutzgebiet „Saale“ (LSG0034BBG) wird zwischen km 73,7 und 76,72 durch die Vorzugstrasse gequert. Das Schutzgebiet hat eine Größe von insgesamt ca. 5.161 ha, liegt im Salzlandkreis bei Beesenlaubingen und umfasst die Saaleaue sowie die Saaletalhänge. Die Flächenbeanspruchung des SOL mit ca. 26,2 ha beträgt insgesamt < 1 % der Gesamtfläche des LSG. Die nachfolgende Abbildung 3 zeigt die Lage des SOL innerhalb des LSG.

Die Querung des Landschaftsschutzgebietes erfolgt zwischen der Kreisstraße 2108 und der Landesstraße 149 auf einer Länge von ca. 3.000 m in offener sowie in geschlossener Bauweise. Die Gesamtlänge der geschlossenen Querungen im LSG beträgt dabei ca. 640 m. Durch die offene Bauweise entstehen vor allem die großflächige Beanspruchung von Ackerflächen. Kleinflächig werden darüber hinaus Straßen und Wege einschließlich ihrer begleitenden Ruderalfluren und Gehölzstrukturen beansprucht.

Die naturschutzfachlich hochwertigen Strukturen des Fließgewässers Saale einschließlich der Deichbereiche werden in geschlossener Bauweise gequert, so dass für diese keine Eingriffe durch den SOL entstehen.

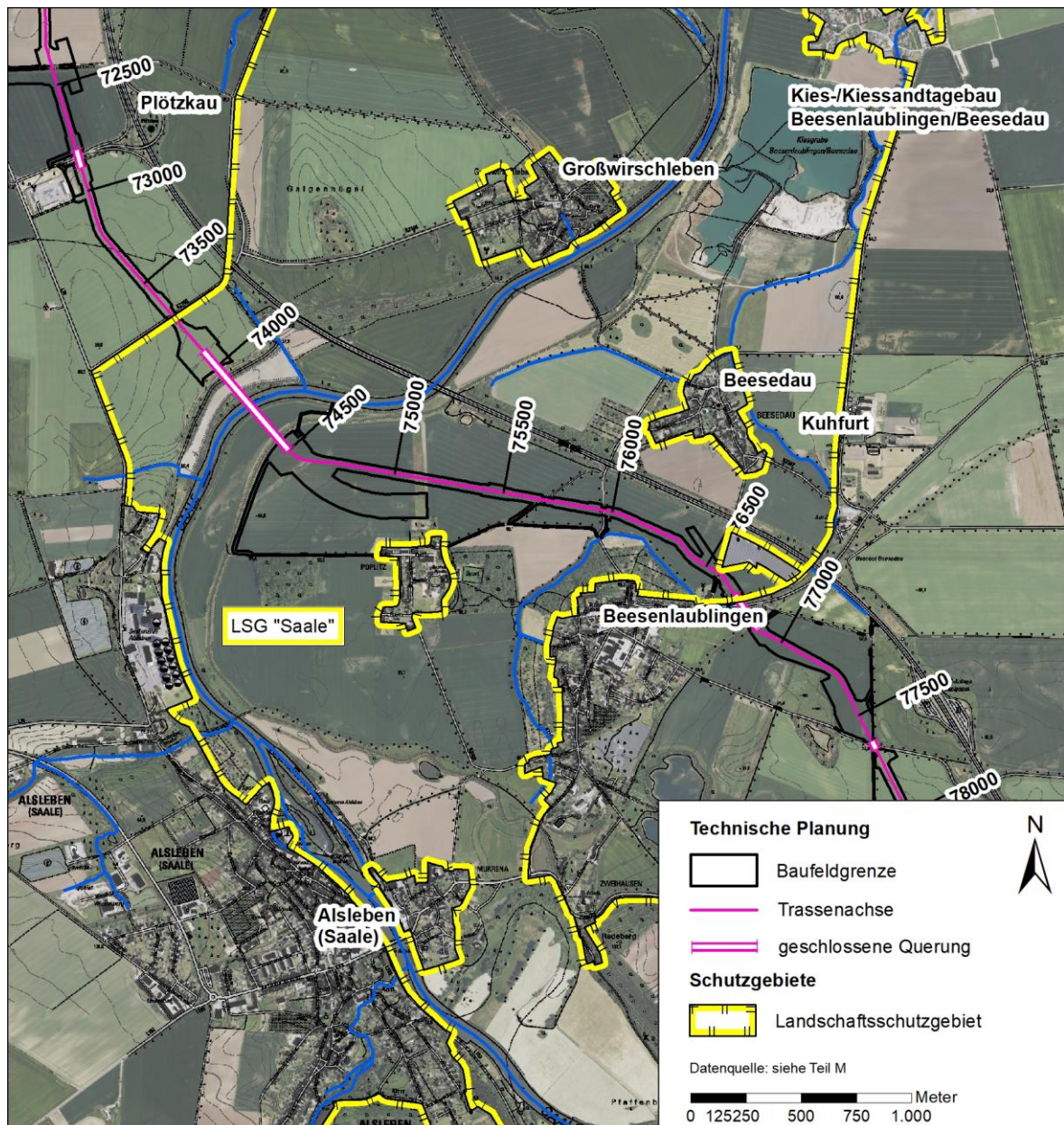


Abbildung 3: Übersichtskarte LSG „Saale“ (LSG0034BBG)

Schutzzweck

Das Landschaftsschutzgebiet dient als rechtsverbindlich festgesetztes Gebiet gemäß § 26 BNatSchG Abs. 1 Nr. 1 bis 3 dem Zweck des besonderen Schutzes von Natur und Landschaft, insbesondere zur Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder Nutzungsfähigkeit der Naturgüter [...], der Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes sowie wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Erholung.

Die Unterschutzstellung des LSG dient gemäß § 3 der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Saale“ vom 22.12.1999 sowie die Verordnungen zur Änderung der Verordnung über die Festsetzung des Landschaftsschutzgebietes „Saale“ im Salzlandkreis vom 13. Juni 2019, 05.12.2019 und 01.03.2021 (nachfolgend LSG-VO genannt) den nachfolgenden Zwecken:

- (1) Der im Landkreis Bernburg liegende Teil der Saaleaue und der Saaletaihänge bildet den wertvollen Kern des Landschaftsschutzgebietes, der die großräumig strukturarmen Ackerebenen des Östlichen und Nordöstlichen Hatzvorlandes sowie des Halleschen und Köthener Ackerlandes mit zahlreichen unterschiedlich geneigten und exponierten Standorten kleinräumig gliedert. Das enge, bis zu 120 m in die paläozoischen Gesteine eingeschnittene Durchbruchstal zwischen Friedeburg und Rothenburg gehört zu den landschaftlich bemerkenswertesten Teilen des Saaletals. Nördlich von Gnölbzig/Könnern tritt die Saale in das Buntsandsteingebiet ein, in dem sich das Tal zu einer breiteren Aue mit ehemals weiträumig mäandrierendem Flusslauf öffnet. Zahlreiche Altarme blieben erhalten. Die Überschwemmungsbereiche sind für den Naturschutz wie für den Hochwasserschutz gleichermaßen von hohem Wert. Auengrünland findet sich nur noch in einigen Teilbereichen der Aue. Während Hartholzauenwälder kleinflächig noch existieren kommen Arten der Weichholzaue nur am unmittelbaren Saum der festgelegten Ufer vor. Die steileren Hänge des Saaletales und seiner Nebentäler sind bewaldet bzw. verbuscht oder von Halbtrocken- und Trockenrasen, Streuobstwiesen oder krautigen Staudenfluren kleinflächig bedeckt. Halbtrocken- und Trockenrasen und Streuobstwiesen beherbergen gefährdete und seltene Pflanzenarten- Die Hangwälder repräsentieren die Einheit „Traubeneichen-Hainbuchen-Wald“ der potentiellen natürlichen Vegetation bzw. ihre Ersatzgesellschaften; naturnahe Waldflächen weisen einen relativ hohen Anteil an Winterlinde und Feldahorn sowie eine geophytenreiche Krautschicht auf. Die steilsten flachgründigen bis felsigen Hangpartien sind lokal waldfrei und tragen aufgrund der Niederschlagsarmut und der relativen Wärmegunst des Gebietes subkontinentale Steppenrasen bzw. submediterrane Felsfluren. Vielfach säumen Obstbaumalleen die Wege. Alle genannten Elemente haben Anteil am regionalen Biotopverbund. Das Landschaftsschutzgebiet eignet sich für die naturgebundene Erholung.
- (2) Der Schutzziel dieser Verordnung ist
1. die Erhaltung, Wiederherstellung, Pflege und Entwicklung der ökologischen Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts,
 2. die Erhaltung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes und
 3. die Nutzung und Entwicklung für die Erholung des in Abs. 1 beschriebenen Gebietes, insbesondere
 - Erhaltung naturnaher Gewässer und Sicherung der uferbegleitenden Vegetation sowie Renaturierung naturferner Gewässerabschnitte;
 - Erhaltung der natürlich gewachsenen Bodenstruktur und des Oberflächenprofils als wesentliche Elemente des Lebensraumes und des Landschaftsbildes;
 - Sicherung der Überschwemmungsbereiche;
 - Umwandlung von in Überschwemmungsbereichen gelegenen Ackern in extensiv genutztes Grünland oder in standortgerechte Gehölzbestände, soweit diese dem schadlosen Abfluss des Hochwassers nicht entgegenstehen;
 - Schutz des Bodens vor Erosion durch Niederschlagswasser;
 - Gliederung und Belebung der Landschaft durch Hecken, Feldgehölze, Sukzessionsflächen und Säumer;
 - Weiterführung der extensiven Nutzung der Feucht- und Trockenstandorte;
 - Sicherung der Vegetation im Rahmen einer ordnungsgemäßen Nutzung;
 - Pflanzenbau und Tierhaltung so zu betreiben, dass nach dem Stand der Technik die natürlichen Ressourcen so gering wie möglich belastet werden, insbesondere im Hinblick auf die Schonung naturnaher Biotope und Begrenzung der Emissionen. Soweit Regeln umweltschonender Landwirtschaft entwickelt sind, soll sie der Landnutzer berücksichtigen;
 - Nutzung und Entwicklung des Waldes nach den Grundsätzen ökogerechten Waldbewirtschaftung. Dazu gehören u. a., Abkehr vom Kahlschlag als Nutzungsprinzip, langfristiger Umbau strukturreicher Mischbestände mit Baumarten der potentiellen natürlichen Bestockung, weitgehender Verzicht auf Wasserregulierung und Düngung;
 - Entwicklung vielfältiger Waldmäntel mit vorgelagerten Saumstreifen;

- Entwicklung des Gebietes als Element des regionalen Biotopverbundes;
- Sicherung des Gebietes für die naturvertragliche Erholung.

Verbote

Im Landschaftsschutzgebiet sind gemäß § 4 Abs. 1 der LSG-VO alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen.

Darüber hinaus sind gemäß § 4 Abs. 2 der LSG-VO insbesondere verboten:

[...]

- a) bauliche Anlagen aller Art, auch wenn sie keiner baurechtlichen Genehmigung bedürfen oder nur vorübergehender Art sind, zu errichten oder zu verändern, einschließlich der Befestigung der Bodenoberfläche, der Verlegung ortsfester Draht und Rohrleitungen, der Errichtung von Bade- und Campingplätzen sowie von Einfriedungen, Absperrungen und Verkaufseinrichtungen;

[...]

- e) den Wasserhaushalt nachteilig zu verändern, auch wenn die Maßnahmen keiner wasserrechtlichen Genehmigung bedürfen;
- f) das Bodenrelief durch Abgrabungen, Aufschüttungen, Sprengungen oder sonstige Art zu verändern;

[...]

- h) Flurgehölze aller Art, wie Baumreihen oder Gruppen, Einzelbäume, Gebüsch und Hecken zu beseitigen oder zu beeinträchtigen;
- n) die Ruhe und den Naturgenuss durch jedweden Lärm zu stören (z. B. durch Tonwiedergabegeräte, Motorsport);

[...].

Von den vorgenannten Verboten gemäß § 7 LSG-VO kann die untere Naturschutzbehörde auf Antrag eine Befreiung gewähren.

Genehmigungsvorbehalt

Gemäß § 5 Abs 1 LSGO-VO bedürfen folgende Handlungen die schriftliche Genehmigung der unteren Naturschutzbehörde:

[...]

- 2. Parkplätze, Reit-, Wander- und Radwege sowie Straßen und Wege neu anzulegen, zu verändern oder zu versiegeln,
- 3. außerhalb der dem öffentlichen Verkehr gewidmeten oder für diesen zugelassenen Straßen, Wegen und Plätzen mit Fahrzeugen zu fahren oder diese sowie Anhänger abzustellen,

[...].

Gemäß § 7 Abs. 1 LSG-VO kann die untere Naturschutzbehörde von den vorgenannten Verboten auf Antrag eine Befreiung erteilen. Diese umfasst ebenfalls die nach § 5 LSG-VO erforderliche Genehmigung.

1.5.3.2 Beschreibung und Bewertung der Vorhabenwirkungen auf das Schutzgebiet

Durch den SOL ergeben sich die in Tabelle 4 aufgelisteten baubedingten Auswirkungen innerhalb des LSG „Saale“.

Tabelle 4: Überblick über den Eingriffsumfang sowie die Kompensations-/Wiederherstellungsmaßnahmen im Hinblick auf die erheblichen Beeinträchtigungen des Landschaftsschutzgebietes „Saale“ gemäß § 26 BNatSchG (Teilabschnitt Erdkabel)

Betroffenheit	Bestand		Planung		Fläche [m²]	Maßnahme
	Bio-top-code	Biotoptyp	Bio-top-code	Biotoptyp		
Baustellen-einrichtungs-flächen und Zuwegungen A1_Z_081 A1_Z_171 A1_Z_172 A1_Z_190 A1_Z_191 A1_Z_192 A1_Z_193 A1_A_228 A1_A_229 A1_A_239 A1_A_240 A1_WA_265 A1_WA_266 A1_WA_268	AI	Intensiv genutzter Acker	AI	Intensiv genutzter Acker	253.680	A 7
	BWY	Sonstige Einzelhausbebauung	BWY	Sonstige Einzelhausbebauung	220	A 17
	URA	Ruderalflur, gebildet von ausdauernden Arten	URA	Ruderalflur, gebildet von ausdauernden Arten	1.595	A 17
	URA/HEX	Ruderalflur, gebildet von ausdauernden Arten/Sonstiger Einzelbaum	URA/HEX	Ruderalflur, gebildet von ausdauernden Arten/Sonstiger Einzelbaum	730	A 14
	URA/HEY/HEX	Ruderalflur, gebildet von ausdauernden Arten/Sonstiger Einzelstrauch/Sonstiger Einzelbaum	URA/HEY/HEX	Ruderalflur, gebildet von ausdauernden Arten/Sonstiger Einzelstrauch/Sonstiger Einzelbaum	290	A 14
	URA/HRC	Ruderalflur, gebildet von ausdauernden Arten/Baumreihe aus überwiegend nicht-heimischen Gehölzen	URA/HRB	Ruderalflur, gebildet von ausdauernden Arten/Baumreihe aus überwiegend heimischen Gehölzen	510	A 14
	VSB	Ein- bis zweispurige Straße (versiegelt)	VSB	Ein- bis zweispurige Straße (versiegelt)	40	-
	VWB	Befestigter Weg (wassergebundene Decke, Spurbahnen)	VWB	Befestigter Weg (wassergebundene Decke, Spurbahnen)	4.595	-
Flächen der Wasserableitung E-A1-75.2g E-A1-77.1 E-A1-77.2	FGK/HHA	Graben mit artenarmer Vegetation (sowohl unter als auch über Wasser)/Strauchhecke aus überwiegend heimischen Arten	FGK/HHA	Graben mit artenarmer Vegetation (sowohl unter als auch über Wasser)/Strauchhecke aus überwiegend heimischen Arten	35	-
	FGK/NLA/HRC	Graben mit artenarmer Vegetation (sowohl unter als auch über Wasser)/Schilf-Landröhricht/Baumreihe aus überwiegend nicht-heimischen Gehölzen	FGK/NLA/HRC	Graben mit artenarmer Vegetation (sowohl unter als auch über Wasser)/Schilf-Landröhricht/Baumreihe aus überwiegend nicht-heimischen Gehölzen	20	-

Betroffen- heit	Bestand		Planung		Fläche [m²]	Maß- nahme
	Bio- top- code	Biotoptyp	Bio- top- code	Biotoptyp		
	GME	Dominanzbestände im mesophilen Grünland (sofern nicht 6510)	GME	Dominanzbestände im mesophilen Grünland (sofern nicht 6510)	90	-
	GSY/ VHD	Sonstige Wiese/Deich	GSY/ VHD	Sonstige Wiese/Deich	225	-
	VWA	Unbefestigter Weg	VWA	Unbefestigter Weg	30	-

Durch das Baufeld werden überwiegend landwirtschaftliche Nutzflächen wie Acker beansprucht. Darüber hinaus werden kleinflächig Ruderalflächen, z. T. mit Einzelbäumen und Einzelsträuchern, eine Baumreihe sowie Verkehrsflächen beansprucht.

Nicht als Eingriff in die Biotop- und Nutzungsstrukturen werden die Flächen der Wasserhaltung bewertet, da diese schonend und ohne Abtrag des Oberbodens erfolgen. Daher ist für diese Flächen keine Wiederherstellung im Sinne einer Ausgleichsmaßnahme erforderlich. Die Flächen der Wasserhaltung werden nach dem Bauende zurückgebaut und wenn notwendig rekultiviert.

Beeinträchtigungen wertgebender Biotopstrukturen werden durch die Errichtung bauzeitlicher Schutzmaßnahmen vermieden (V 22). Vorgesehen sind bedarfsweise ein Biotopschutzzaun (V 22.1) oder ein Einzelbaumschutz (V 22.2).

Nach dem Bauende erfolgt eine vollständige Wiederherstellung der Biotopstrukturen entsprechend ihres Ausgangszustandes durch die Umsetzung der nachfolgenden Ausgleichsmaßnahmen.

- A 12: Wiederherstellung temporär genutzter Flächen unter dem Aspekt des Bodenschutzes
- A 14: Wiederherstellung von Gehölzstrukturen
- A 17: Wiederherstellung von Stauden- und Ruderalfluren

Darüber hinaus verbleibender Kompensationsbedarf wird über die Ökokontomaßnahme A/E 19 (Ökokonto „Sülzetal bei Sülldorf“) ausgeglichen bzw. ersetzt.

Die Lage der Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen kann dem LBP in Teil I6.1 und Teil I6.3 entnommen werden. Eine ausführliche Beschreibung der Maßnahmen erfolgt in den Maßnahmenblättern (Teil I3).

Die aufgeführten baubedingten Auswirkungen des SOL erfüllen unter Berücksichtigung der Kompensationsmaßnahmen keine Verbotstatbestände i. S. d. § 26 Abs. 2 BNatSchG i. V. m. § 4 Abs. 1 LSG-VO, da sie weder den Charakter des Gebietes verändern noch dem Schutzzweck zuwiderlaufen.

Gemäß § 4 Abs. 2 Nr. a LSG-VO ist es verboten, bauliche Anlagen aller Art, auch wenn sie keiner baurechtlichen Genehmigung bedürfen oder nur vorübergehender Art sind, zu errichten oder zu verändern, einschließlich der Befestigung der Bodenoberfläche, der Verlegung ortsfester Draht- und Rohrleitungen [...], den Wasserhaushalt nachteilig zu verändern, auch wenn die Maßnahmen keiner wasserrechtlichen Genehmigung bedürfen (vgl. § 4 Abs. 2 Nr. e LSG-VO), das Bodenrelief durch Abgrabungen, Aufschüttungen, Sprengungen oder sonstige Art zu verändern (vgl. § 4 Abs. 2 Nr. f LSG-VO), Flurgehölze aller Art, wie Baumreihen oder Gruppen, Einzelbäume, Gebüsch und Hecken zu beseitigen oder zu beeinträchtigen (vgl. § 4 Abs. 2 Nr. h LSG-VO) und die Ruhe und den Naturgenuss durch jedweden Lärm zu stören (vgl. § 4 Abs. 2 Nr. n LSG-VO).

Die Errichtung des SOL im LSG stellt eine bauliche Anlage dar. Zudem ist für die Erreichbarkeit der Baustelle das Befahren außerhalb der öffentlichen Wege erforderlich sowie der Ausbau vorhandener Wege. Während der Bauphase kann es durch den Baustellenverkehr oder die Bautätigkeiten an sich zu Störungen durch Lärm kommen. Für den Aushub des Kabelgrabens wird die temporäre

Lagerung von Boden erforderlich. Im Zuge der geschlossenen Querungen A1_514 und A1_076 sowie der offenen Querung A1_586 ist zudem eine Grundwasserhaltung und Wasserableitung erforderlich.

Es ist eine Befreiung von den Verboten erforderlich. Zusätzlich bedarf es einer Erlaubnis gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 und 3 LSG-VO.

1.5.3.3 Darlegung der Befreiungsvoraussetzungen

Entsprechend den Ausführungen in Kap. 1.5.3.2 führen die baubedingten Auswirkungen des SOL unter Berücksichtigung der Wiederherstellungsmaßnahmen nicht zu einer Veränderung des Charakters des Gebietes, da unter Berücksichtigung der Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen eine Schutzzweckgefährdung verhindert wird. Durch die Realisierung des Vorhabens werden aufgrund bauzeitlicher Maßnahmen Verbotstatbestände gemäß § 4 Abs. 2 der LSG-VO ausgelöst, die sich durch die Errichtung baulicher Anlagen (vgl. § 4 Abs. 2 Nr. a LSG-VO), der Änderung des Wasserhaushalts durch Wasserableitungen (vgl. § 4 Abs. 2 Nr. e LSG-VO), die Beseitigung von Flurgehölze (vgl. § 4 Abs. 2 Nr. h LSG-VO) und der Störung von Ruhe und Naturgenuss durch Baustellenlärm (vgl. § 4 Abs. 2 Nr. n LSG-VO) ergeben. Diese bedürfen eines Antrages auf Befreiung. Dies Voraussetzungen hierfür ergeben sich aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art (vgl. § 67 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG). Darüber hinaus bedürfen die Veränderung, Versiegelung oder Neuanlage von Straßen und Wege sowie das Fahren außerhalb öffentlich gewidmeter Verkehrswege eine schriftliche Genehmigung der unteren Naturschutzbehörde (vgl. § 5 Abs. 1 Nr. 2 und 3 LSG-VO). Die Befreiung wird daher für die vorgenannten Handlungen beantragt.

1.5.3.4 Fazit und Antragstellung

Durch den Neubau des SuedOstLink innerhalb des Landschaftsschutzgebietes „Saale“ wird der Charakter des Gebietes nicht verändert. Es werden zudem keine Handlungen durchgeführt, die dem Schutzzweck nach § 3 der LSG-VO zuwiderlaufen. Die mit dem Vorhaben einhergehenden baubedingten Beeinträchtigungen lösen jedoch Verbotstatbestände gemäß § 4 Abs. 1 der LSG-VO aus und unterliegen dem Genehmigungsvorbehalt gemäß § 5 Abs. 1 LSG-VO. Der Befreiungstatbestand des § 67 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG trifft, wie in Kap. 1.5.3.3 aufgeführt, für das Vorhaben SOL im Teilabschnitt Erdkabel im Abschnitt A1 zu. Die Befreiung von den Verboten sowie die Genehmigung der Landschaftsschutzgebietsverordnung vom 22.12.1999 über das Landschaftsschutzgebiet „Saale“ wird mit dieser Unterlage beantragt.

1.6 Anträge auf Ausnahme bzw. Befreiung von den Verboten für gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 Abs. 1 BNatSchG (Ausnahme § 30 Abs. 3 BNatSchG bzw. Befreiung § 67 Abs. 1 BNatSchG)

1.6.1 Gesetzlich geschützte Biotope gemäß § 30 BNatSchG i. V. m. § 22 NatSchG LSA sowie gesetzlich geschützte Alleen gemäß § 21 NatSchG LSA

Dieses Kapitel behandelt Anträge auf Ausnahme gemäß § 30 Abs. 3 BNatSchG bzw. Befreiung gemäß § 67 Abs. 1 BNatSchG von den Verboten für gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 Abs. 1 BNatSchG. Grundsätzlich sind gemäß § 30 Abs. 2 BNatSchG alle „Handlungen (verboden), die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung [...] führen können.“ Darüber hinaus werden in diesem Kapitel die in Sachsen-Anhalt gesetzlich geschützten Alleen gemäß § 21 NatSchG LSA aufgeführt, deren „Beseitigung [...] sowie alle Handlungen, die zu deren Zerstörung, Beschädigung oder nachteiligen Veränderung führen können“ gemäß § 21 Abs. 1 NatSchG LSA verboten sind.

Bei der Verlegung der Erdkabel für den SuedOstLink gehen baubedingt insgesamt ~~13~~ 14 Bäume gesetzlich geschützter Alleen sowie ~~1.105~~ 1.575 m² gesetzlich geschützte Biotope (§ 30 Abs. 1 BNatSchG i. V. m. §§ 21 und 22 NatSchG LSA) durch den Aushub des Kabelgrabens sowie die Zuwegungen und Rohrausgelegflächen temporär verloren. Darüber hinaus geht ca. 30 m² eines gesetzlich

geschützten Biotops (§ 22 NatSchG LSA) durch die Errichtung eines Oberflurschanks dauerhaft verloren.

Eine detaillierte Erläuterung der Betroffenheit und der Ausnahme- bzw. Befreiungsvoraussetzungen für die Inanspruchnahme der Biotope erfolgt in den nachfolgenden Kapiteln.

1.6.1.1 Angaben zu gesetzlich geschützten Biotopen/Alleen und zur Betroffenheit

Liegen gesetzlich geschützte Biotope oder Alleen im Bereich der baubedingten bzw. anlagebedingten Flächeninanspruchnahme, ist von einer erheblichen Beeinträchtigung auszugehen, da die Biotope im Zuge der Baufeldfreimachung beseitigt werden müssen. Tabelle 5 stellt dar, welche Biotop- und Nutzungstypen durch einzelne Maßnahmen im Rahmen des SOL im Sinne des § 30 Abs. 2 BNatSchG sowie der §§ 21 und 22 NatSchG LSA erheblich beeinträchtigt werden.

Tabelle 5: Überblick über vorhabenbedingte erhebliche Beeinträchtigungen gesetzlich geschützter Biotope gemäß § 30 BNatSchG i. V. m. § 22 NatSchG sowie gesetzlich geschützter Alleen gemäß § 21 NatSchG LSA

Betroffenheit	Trassen-km	Wirkfaktor*	Biotop-code	Biotoptyp	Fläche / Anzahl
Baubedingte Beeinträchtigungen					
Zuwegung	A1_WA_554	1-1, 2-1	HHB	Strauch-Baumhecke aus überwiegend heimischen Arten	90 m ²
Zuwegung	A1_Z_019	1-1, 2-1	HHB	Strauch-Baumhecke aus überwiegend heimischen Arten	165 m ²
Zuwegung	A1_Z_061	1-1, 2-1	HHC	Feldhecke mit standortfremden Gehölzen	65 m ²
Zuwegung	A1_Z_502	1-1, 2-1	HRA	Obstbaumreihe	1 Baum
Zuwegung	A1_Z_505	1-1, 2-1	HAA	Junge Obstallee	2 Bäume
Vorzugstrasse	km 23,15 bis 23,23	1-1, 2-1	HRC	Baumreihe aus überwiegend nicht-heimischen Gehölzen	10 Bäume
Vorzugstrasse	25,95 bis 26,05	1-1, 2-1, 3-1	URA/HAB	Ruderalflur, gebildet von ausdauernden Arten/Alte Obstallee	420 m ²
Vorzugstrasse	41,89 bis 41,92	1-1, 2-1, 3-1	HHC	Feldhecke mit standortfremden Gehölzen	355 m ²
Vorzugstrasse	72,42	1-1, 2-1, 3-1	HHB	Strauch-Baumhecke aus überwiegend heimischen Arten	235 m ²
Vorzugstrasse	78,89	1-1, 2-1, 3-1	URA/HRA	Ruderalflur, gebildet von ausdauernden Arten/Obstbaumreihe	1 Baum
Rohrauslegelfläche	87,80 bis 87,83	1-1, 2-1	HHB	Strauch-Baumhecke aus überwiegend heimischen Arten	195 m ²
Anlagebedingte Beeinträchtigungen					
Oberflurschrank E240	72,42	1-1	HHB	Strauch-Baumhecke aus überwiegend heimischen Arten	30 m ²
Summe					1.135 m ² / 13 Bäume 1.575 m ² / 14 Bäume

Betroffenheit	Trassen-km	Wirkfaktor*	Biotop-code	Biototyp	Fläche / Anzahl
Legende: * Eine ausführliche Beschreibung der Wirkfaktoren kann dem Kap. 2.3.2 des UVP-Berichtes entnommen werden (vgl. Unterlage Teil F).					

Durch den SOL kommt es im Zuge der Baufeldfreimachung zu einer unvermeidbaren Beeinträchtigung von insgesamt neun gesetzlich geschützten Biotopen innerhalb des Baufeldes.

Südlich von Ilberstedt wird durch den Ausbau der **Zuwegung A1_WA_554** ein Teil einer gut ausgeprägten und dicht gewachsenen Strauch-Baumhecke aus überwiegend heimischen Arten bauzeitlich beansprucht (siehe Abbildung 4), welche gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 8 NatSchG LSA gesetzlich geschützt ist. Der Eingriff in die 5 m breiten Hecke erfolgt auf einer Länge von ca. 30 m und beträgt insgesamt ca. 90 m². Nach dem Bauende ist eine vollständige Wiederherstellung der Fläche als Strauch-Baumhecke vorgesehen. Nach der vollständigen Entfernung können die generelle Funktion und der Charakter einer Strauch-Baumhecke mittelfristig wiederhergestellt werden.



Abbildung 4: Strauch-Baumhecke aus überwiegend heimischen Arten bei Zuwegung A1_WA_554

Nordöstlich von Bahrendorf kommt es durch die Herstellung der **Zuwegung A1_Z_019** zu einem Eingriff in eine Strauch-Baumhecke aus überwiegend heimischen Arten, welche gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 8 NatSchG LSA gesetzlich geschützt ist (siehe Abbildung 5). Die Beanspruchung der ca. 15 m breiten Hecke betrifft eine Länge von ca. 11 m und beträgt insgesamt ca. 165 m². Nach dem Bauende kann die Funktion der Hecke auf der gesamten Fläche vollständig wiederhergestellt werden.



Abbildung 5: Strauch-Baumhecke aus überwiegend heimischen Arten bei Zuwegung A1_Z_019

Durch die Herstellung der **Zuwegung A1_Z_061** wird eine wegebegleitende Feldhecke mit standortfremden Gehölzen temporär beansprucht, welche gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 8 NatSchG LSA gesetzlich geschützt ist. Der Eingriff in die ca. 9 m breite Hecke beträgt ca. 9 m und betrifft insgesamt eine Fläche von ca. 65 m², wobei die Hecke im Eingriffsbereich lückig erscheint. Nach dem Bauende kann die Hecke auf der gesamten Fläche mit heimischen Gehölzen vollständig wiederhergestellt werden.

Durch die Herstellung der **Zuwegung A1_Z_502** nordwestlich von Langenweddingen kommt es zur Fällung eines Einzelbaumes innerhalb einer Obstbaumreihe, welche gemäß § 21 Abs 1 NatSchG LSA gesetzlich geschützt ist (siehe Abbildung 6). Nach Bauende kann die Funktion des Einzelbaumes durch Anpflanzung und Entwicklung eines Obstbaumes vollständig wiederhergestellt werden.



Abbildung 6: Einzelbaum innerhalb einer Obstbaumreihe bei Zuwegung A1_Z_502

Südlich von Sülldorf kommt es durch die Herstellung der **Zuwegung A1_Z_505** zum Verlust von zwei Einzelbäumen innerhalb einer Jungen Obstallee, die gemäß § 21 Abs. 1 NatSchG LSA gesetzlich geschützt ist (siehe Abbildung 7). Durch Neupflanzung der verlorenen Einzelbäume kann deren Funktion nach Bauende vollständig wiederhergestellt werden.



Abbildung 7: Junge Obstallee bei Zuwegung A1_Z_505

Südöstlich von Hohendodeleben bei km 23,15 bis 23,23 wird im Bereich der Vorzugstrasse durch den Aushub des Kabelgrabens eine Baumreihe aus überwiegend nicht-heimischen Gehölzen bauzeitlich beansprucht, welche gemäß § 21 NatSchG LSA gesetzlich geschützt ist (siehe Abbildung 8). Die Baumreihe besteht aus älteren Bäumen des Eschen-Ahorn und kann nach Bauende in ihrer Funktion vollständig wiederhergestellt werden.



Abbildung 8: Baumreihe aus überwiegend nicht-heimischen Gehölzen bei km 23,15 bis 23,23

Östlich von Schleibnitz quert die **Vorzugstrasse** von km 25,95 bis 26,05 eine alte Obstallee in offener Bauweise. Die baubedingte Beanspruchung durch den Arbeitsstreifen auf einer Breite von ca. 35 m führt zu einem Eingriff in die Allee, welche gemäß § 21 NatSchG LSA gesetzlich geschützt ist (siehe Abbildung 8a). Die flächige Beanspruchung der Allee einschließlich des Grünlandes beträgt ca. 420 m². Dabei werden vier Bäume der Allee gefällt. Zwei weitere Bäume innerhalb des Baufeldes mit faunistischer Habitateignung können durch Baumschutzmaßnahmen erhalten werden. Bei den Bäumen handelt es sich um Apfelbäume. Nach dem Bauende werden die Obstbäume wieder angepflanzt.



Abbildung 8a: Alte Obstallee zwischen km 25,95 und 26,05

Nordwestlich von Biere wird im Bereich der **Vorzugstrasse** bei km 41,90 durch den Aushub des Kabelgrabens eine Feldhecke mit standortfremden Gehölzen innerhalb der Ackerlandschaft temporär beansprucht, welche gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 8 NatSchG LSA gesetzlich geschützt ist. Die Beanspruchung der ca. 9 m breiten Hecke beträgt ca. 44 m Länge und eine Fläche von insgesamt ca. 355 m². Die Feldhecke ist wenig dicht gewachsen und erscheint lückig (siehe Abbildung 9). Sie kann nach dem Bauende auf der gesamten beanspruchten Fläche mit heimischen Gehölzen vollständig wiederhergestellt werden.



Abbildung 9: Feldhecke mit standortfremden Gehölzen bei km 41,90

Bei km 72,42 südwestlich von Plötzkau kommt es durch den Aushub des Kabelgrabens im Bereich der **Vorzugstrasse** zu einem temporären Eingriff in eine Baum-Strauchhecke aus überwiegend heimischen Arten, welche gemäß § 22 Abs. 1 Nr 8 NatSchG LSA gesetzlich geschützt ist (siehe Abbildung 10). Die ca. 8 m breite Hecke wird auf einer Länge von ca. 45 m und insgesamt ca. 235 m² beansprucht. Darüber hinaus kommt es durch die Errichtung des Oberflurschranks E240 zu einem dauerhaften Eingriff in einem Umfang von 30 m². Nach dem Bauende können die temporären Eingriffe vollständig auf der Eingriffsfläche wiederhergestellt werden. Der dauerhafte Eingriff kann eingriffsnah durch die Zwischenbepflanzung der insgesamt lückigen Baum-Strauchhecke wiederhergestellt werden.



Abbildung 10: Baum-Strauchhecke aus überwiegend heimischen Arten bei km 72,42

Nordwestlich von Alt Mödewitz bei km 78,89 kommt es durch den Arbeitsstreifen der **Vorzugstrasse** zu einer baubedingten Beanspruchung einer Obstbaumreihe, welche gemäß § 21 NatSchG LSA gesetzlich geschützt ist (siehe Abbildung 10a). Die lückige Baumreihe aus alten Obstbäumen erstreckt sich auf einer Länge von ca. 500 m entlang eines unversiegelten Wirtschaftsweges. Durch die Bauelfreimachung muss ein Baum der Baumreihe gefällt werden. Dieser wird nach dem Bauende wieder angepflanzt.



Abbildung 10a: Obstbaumreihe bei km 78,89

Südwestlich von Hohenedlau bei km 87,80 bis 87,83 kommt es durch eine geplante **Rohauslegefläche** im Bereich der Vorzugstrasse zu einer temporären Beanspruchung einer Baum-Strauchhecke aus überwiegend heimischen Arten, welche gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 8 NatSchG LSA gesetzlich geschützt ist (siehe Abbildung 11). Der Eingriff in die ca. 7 m breite Hecke erfolgt auf einer Länge von ca. 35 m und beträgt insgesamt ca. 195 m². Die innerhalb der Ackerlandschaft befindliche Hecke kann nach Bauende auf der gesamten beanspruchten Fläche vollständig wiederhergestellt werden.



Abbildung 11: Baum-Strauchhecke aus überwiegend heimischen Arten bei km 87,80 bis 87,83

1.6.1.2 Darlegung der Ausnahmeveraussetzungen

Durch die erheblichen Beeinträchtigungen von nach § 30 BNatSchG bzw. §§ 21 und 22 NatSchG LSA geschützten Biotopen und Alleen entsteht ein Ausgleichsbedarf von insgesamt ~~1.135 m²~~ 1.575 m² sowie ~~13~~ 14 Bäumen. Durch die Wiederherstellung vor Ort (überwiegend flächenidentisch) erfolgt ein Ausgleich auf ~~1.435 m²~~ 1.860 m² Fläche und die Pflanzung von ~~13~~ 14 Bäumen.

Tabelle 6: Überblick über Kompensations-/Wiederherstellungsmaßnahmen im Hinblick auf die erheblichen Beeinträchtigungen der gesetzlich geschützten Biotope gemäß § 30 BNatSchG i. V. m. § 22 NatSchG LSA sowie § 21 NatSchG LSA

Trassen-km	Bestand		Planung		Fläche / Anzahl	Maßnahme
	Biotop-code	Biototyp	Biotop-code	Biototyp		
Baubedingte Beeinträchtigungen						
A1_WA_554	HHB	Strauch-Baumhecke aus überwiegend heimischen Arten	HHB	Strauch-Baumhecke aus überwiegend heimischen Arten	90 m²	A14
A1_Z_019	HHB	Strauch-Baumhecke aus überwiegend heimischen Arten	HHB	Strauch-Baumhecke aus überwiegend heimischen Arten	165 m²	A 14
A1_Z_061	HHC	Feldhecke mit standortfremden Gehölzen	HHB	Strauch-Baumhecke aus überwiegend heimischen Arten	65 m²	A 14
A1_Z_502	HRA	Obstbaumreihe	HRA	Obstbaumreihe	1 Baum	A 14
A1_Z_505	HAA	Junge Obstallee	HAA	Junge Obstallee	2 Bäume	A 14
23,15 bis 23,23	HRC	Baumreihe aus überwiegend nicht-heimischen Gehölzen	HRB	Baumreihe aus überwiegend heimischen Gehölzen	10 Bäume	A 14

Trassen-km	Bestand		Planung		Fläche / Anzahl	Maßnahme
	Biotop-code	Biotoptyp	Biotop-code	Biotoptyp		
25,95 bis 26,05	URA/ HAB	Ruderalflur, gebildet von ausdauernden Arten / Alte Obstallee	URA/ HAB	Ruderalflur, gebildet von ausdauernden Arten/Alte Obstallee	420 m ²	A 14
41,89 bis 41,92	HHC	Feldhecke mit standortfremden Gehölzen	HHB	Strauch-Baumhecke aus überwiegend heimischen Arten	355 m ²	A 14
72,42	HHB	Strauch-Baumhecke aus überwiegend heimischen Arten	HHB	Strauch-Baumhecke aus überwiegend heimischen Arten	235 m ²	A 14
78,89	URA/ HRA	Ruderalflur, gebildet von ausdauernden Arten/Obstbaumreihe	HRA	Obstbaumreihe	1 Baum	A 14
87,80 bis 87,83	HHB	Strauch-Baumhecke aus überwiegend heimischen Arten	HHB	Strauch-Baumhecke aus überwiegend heimischen Arten	195 m ²	A 14
Anlagebedingte Beeinträchtigungen						
72,42	URA	Ruderalflur, gebildet von ausdauernden Arten	HHB	Strauch-Baumhecke aus überwiegend heimischen Arten	300 m ²	A 14
Summe					1.135 m² 1.860 m ² / 13 14 Bäume	

Die Tabelle 6 legt dar, dass alle erheblich beeinträchtigten gesetzlich geschützten Biotope und Alleen (§ 30 Abs. 2 BNatSchG, §§ 21 Abs. 1 und 22 Abs. 1 NatSch LSA) in Form von gleichartigen Biotop- und Nutzungstypen am jeweils selben Ort (überwiegend flächenidentisch) wiederhergestellt werden.

Nach dem Bauende erfolgt eine vollständige Wiederherstellung der Biotopstrukturen baubedingter Beeinträchtigungen entsprechend ihres Ausgangszustandes sowie durch Zwischenbepflanzungen bei anlagebedingten Beeinträchtigungen durch die Umsetzung der nachfolgenden Ausgleichsmaßnahme.

– A 14: Wiederherstellung von Gehölzstrukturen

Die Lage der Vermeidungs- sowie der Kompensationsmaßnahmen kann dem LBP in Teil I6.1 entnommen werden. Eine ausführliche Beschreibung der Maßnahmen erfolgt in den Maßnahmenblättern (Teil I3).

Folglich werden gemäß Antragsfassung alle Beeinträchtigungen ausgeglichen im Sinne des § 30 Abs. 3 BNatSchG, wodurch die Voraussetzungen für eine Ausnahme gegeben sind und keine Befreiung gemäß § 67 Abs. 1 BNatSchG für diese notwendig ist.

Für die in Planänderung I zusätzlich entstehenden Beeinträchtigungen gesetzlich geschützter Alleen erfolgt nach dem Bauende eine Wiederherstellung der Strukturen vor Ort. Aufgrund ihrer Einstufung als gesetzlich geschützte Landschaftsbestandteile, wird für die baubedingte Fällung ein Antrag gemäß § 67 Abs. 1 BNatSchG gestellt.

1.6.1.3 Darlegung der Befreiungsvoraussetzungen

~~Ein Antrag auf Befreiung gemäß § 67 BNatSchG ist nicht erforderlich (vgl. Ausführungen Kapitel 1.6.1.2).~~

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPIG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurde für das Vorhaben 5 die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung des SuedOstLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Des Weiteren ist der SuedOstLink ein gemäß § 1 NABEG auf Grund eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderliches Vorhaben.

Die Befreiungsvoraussetzungen gemäß § 67 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG liegen somit vor.

1.6.1.4 Fazit und Antragstellung

Es wird ein Antrag auf Ausnahme gemäß § 30 Abs. 3 BNatSchG von den Verboten für die betroffenen gesetzlich geschützten Biotope und Alleen nach § 30 Abs. 1 BNatSchG sowie §§ 21 und 22 Abs. 1 NatSchG LSA **der Antragsfassung** gestellt. Da alle Beeinträchtigungen durch Wiederherstellung der Biotopflächen am gleichen Ort ausgeglichen werden, sind die Voraussetzungen für eine Ausnahme erfüllt. ~~Eine Befreiung nach § 67 BNatSchG wird nicht beantragt.~~

Des Weiteren wird für Eingriffe in gesetzlich geschützte Alleen eine Befreiung nach § 67 BNatSchG beantragt. Da an der Realisierung des Vorhaben 5 des SuedOstLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht, liegen die Befreiungsvoraussetzungen gemäß § 67 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG vor.

1.7 Anträge auf Ausnahme von den Verboten zur Freihaltung von Gewässern und Uferzonen (Ausnahme § 61 Abs. 3 BNatSchG)

Uferzonen werden nach § 61 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG als jene Bereiche definiert, die sich im Abstand bis 50 m von der Uferlinie von Bundeswasserstraßen, Gewässern I. Ordnung und Stillgewässern mit mindestens 1 ha Größe befinden. Gemäß § 61 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG ist das Errichten baulicher Anlagen im Bereich der vorgenannten Uferzonen verboten. Dies gilt nicht für bauliche Anlagen, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes rechtmäßig errichtet oder zugelassen waren und die in Ausübung wasserrechtlicher Erlaubnisse oder Bewilligungen oder zum Zwecke der Überwachung, der Bewirtschaftung, der Unterhaltung oder des Ausbaus eines oberirdischen Gewässers errichtet oder geändert werden. Anlagen des öffentlichen Verkehrs einschließlich Nebenanlagen und Zubehör, des Rettungswesens, des Küsten- und Hochwasserschutzes sowie der Verteidigung sind ebenfalls von diesem Verbot ausgenommen (§ 61 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 BNatSchG).

Gemäß § 61 Abs. 3 Nr. 1 und 2 BNatSchG kann auf Antrag eine Ausnahme zugelassen werden, wenn die durch die bauliche Anlage entstehenden Beeinträchtigungen des Naturhaushalts oder des Landschaftsbildes, insbesondere im Hinblick auf die Funktion der Gewässer und ihrer Uferzonen, geringfügig sind oder dies durch entsprechende Maßnahmen sichergestellt werden kann oder dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art, notwendig ist.

Für die Durchführung des SOL (Abschnitt A1, Teilabschnitt Erdkabel) ist es im Zuge der Errichtung einer Zufahrtstraße zum Baufeld notwendig, die Siegrenne auf südöstlicher Höhe der Ortslage Niederndodeleben offen zu queren. Aufgrund der notwendigen Zufahrt zur Kabeltrasse mit Baufahrzeugen ist daher eine bauzeitliche Verrohrung dieses Fließgewässers erforderlich.

Für die Durchführung des SOL (Abschnitt A1, Teilabschnitt Erdkabel) wird außerdem der Graben am Feldweg auf östlicher Höhe der Ortslage Atzendorf wegen vorliegender Zwangspunkte geschlossen gequert. Aufgrund der notwendigen Zufahrt auf die Kabeltrasse durch das Kabelfahrzeug auf den naheliegenden Abtrommelplatz (A1_AP_0190) ist ebenfalls eine bauzeitliche Verrohrung des Grabens am Feldweg erforderlich.

Für den Abschnitt A1 des Vorhabens SOL (Teilabschnitt Erdkabel) sind ausschließlich die Siegrenne und der Graben am Feldweg, als Fließgewässer zweiter Ordnung, von der Errichtung einer temporären Anlage (bauzeitliche Gewässerverrohrung) im Bereich der Uferzone betroffen, was gemäß § 61 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG einen Verbotstatbestand darstellt. Weitere Details sind den nachfolgenden Kapiteln zu entnehmen.

1.7.1 Angaben zu Gewässer und Uferzone sowie zur Betroffenheit

Fließgewässer Siegrenne

Die Siegrenne (Trassen-km 20,0) ist ein in den Oberflächenwasserkörper „Schrote von Quelle bis Ortsrand MD-Diesdorf“ (DERW_DEST_MEL03OW09-00) einmündendes Kleingewässer (Einzugsgebiet < 10 km²) zweiter Ordnung, welches sich in Sachsen-Anhalt im Landkreis Börde der Gemeinde Hohe Börde befindet.

Die Siegrenne wird grundsätzlich durch folgenden Vorhabenbestandteil des SOL tangiert:

- bauzeitliche Gewässerverrohrung [A1_W_245].

Für den Bau des SOL wird die Siegrenne auf südöstlicher Höhe der Ortslage Niederndodeleben, aufgrund der Errichtung einer Zufahrtstraße zum Baufeld, offen gequert. Zwar liegt bereits ein Feldweg südlich des zu querenden Standortes vor, allerdings kann dieser aufgrund seines Gefälles von 14 % Geländeneigung von den Baufahrzeugen nicht genutzt werden. Hinzu kommt, dass die Zuwegung über den Siegrenne-Graben von Westen kommend zu schmal ist. Es wird eine Zuwegungsbreite von mindestens 3,50 m benötigt, aktuell vorhanden sind jedoch nur die Breite von 3,10 m. Aus diesem Grund wird der Verlauf der bauzeitlichen Baustraße auf Höhe der Bahnquerung auf das nördlich gelegene Feld am Feldrand bzw. nördlich des Biotopstreifens (Zauneidechsenhabitat) verlegt und eine bauzeitliche Verrohrung wird notwendig.

Die Querung des Gewässers liegt ca. in Höhe des Trassenkilometers (km) 19,99. Eine Übersichtskarte zum Anlagenstandort enthält die Anlage K2.3.19.1.

Infolge der Querung bzw. aufgrund der notwendigen Zufahrt zur Kabeltrasse durch die Baufahrzeuge erfolgt ein bauzeitlicher Eingriff in den Gewässerrandstreifen auf einer Länge von ca. 18 m. Durch die bauzeitliche Verrohrung und Geländeprofilierung wird kein standortgerechter Bewuchs entfernt. Die Querung erfolgt innerhalb einer Vegetationslücke (vgl. Teil K2.4.2). Zur Verrohrung wird ein Rohr mit DN 600 im Gewässersohlbereich eingesetzt. Nach Abschluss der Baumaßnahme wird die Verrohrung sowie die Überschüttung vollständig entfernt und das Gewässer wird in den ursprünglichen Zustand zurückgeführt.

Die bauzeitlich geplante Querung der Siegrenne greift in den existierenden Gewässerrandstreifen ein. Somit ist eine temporäre Befreiung von den Verbotstatbeständen gemäß § 38 Abs. 4 WHG erforderlich. Die weiteren Verbotstatbestände nach § 38 Abs. 4 WHG werden nicht erfüllt.

Durch den SOL ist an der Siegrenne jedoch kein Schutz- und Risikogebiet nach WHG / WG LSA, BNatSchG und Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen länderübergreifenden Hochwasserschutz (BRPHV) betroffen.

Der § 50 Abs. 1 WG LSA legt abweichend zu § 38 Abs. 3 WHG fest, dass der Gewässerrandstreifen an oberirdischen Gewässern erster Ordnung zehn Meter und bei Gewässern zweiter Ordnung fünf Meter breit ist. Für die Siegrenne bedeutet das, dass der Gewässerrandstreifen 5 m beträgt.

Der erforderliche wasserrechtliche Antrag für die Anlage an diesem Gewässer sowie für die Verbotsbefreiung für die Maßnahmen im Gewässerrandstreifen liegen entsprechend vor (Teile K2.3.19 und K2.4.2).

Im Bereich der Gewässerquerung wurden folgende Biotope kartiert (Details s. Kartiierungsergebnisse der Biotope: Teil L5.2) – aufgelistet in Reihenfolge ihrer Biotopwerte, beginnend mit dem höchsten Wert:

- flächenhafter Gehölzbestand,

- trockene bis feuchte Stauden- und Ruderalfluren,
- Ackerbiotope und
- Verkehrs-/Infrastrukturflächen.

Fließgewässer Graben am Feldweg

Der Graben am Feldweg (Trassen-km 49,4) ist ein in den Oberflächenwasserkörper „Marbe - von Quelle bis Salzstellen Sülldorf“ (DERW_DEST_MEL03OW09-00) einmündendes Kleingewässer (Einzugsgebiet < 10 km²) zweiter Ordnung, welches sich in Sachsen-Anhalt im Salzlandkreis der Gemeinde Staßfurt Stadt befindet.

Der Graben am Feldweg wird grundsätzlich durch folgende Vorhabenbestandteile des SOL tangiert:

- bauzeitliche Gewässerverrohrung [A1_Z_084],
- geschlossene Querung (HDD [A1_049]) und
- Einleitung als bauzeitlicher Grundwasserhaltung [E-A1-50.1g].

Für den Bau des SOL muss der Graben am Feldweg östlich der Ortslage Atzendorf, aufgrund der vorliegenden Zwangspunkte, geschlossen gequert werden. Wegen der notwendigen Zufahrt auf die Kabeltrasse durch das Kabelfahrzeug auf den naheliegenden Abtrommelplatz (A1_AP_0190) muss dafür das Fließgewässer temporär bauzeitlich verrohrt werden. Zur Verrohrung ist ein Rohr DN 400 vorgesehen. Die gewählte Dimensionierung des Rohrquerschnitts ist den hydraulischen Berechnungen in Anlage K2.3.18.4 folgend entnehmbar. Die Rohre werden dem Bachgefälle folgend verlegt und mit Kies überschüttet. Nach Abschluss der Baumaßnahme wird die Verrohrung sowie die Überschüttung vollständig entfernt und das Gewässer wird in den ursprünglichen Zustand zurückgeführt.

Die Querung verläuft von Trassenkilometer (km) 49,4 bis 49,6. Eine Übersichtskarte zum Anlagenstandort enthält die Anlage K2.3.18.1.

Infolge der geschlossenen Querung bzw. aufgrund der notwendigen Zufahrt auf die Kabeltrasse durch das Kabelfahrzeug auf den naheliegenden Abtrommelplatz (A1_AP_0190) erfolgt ein bauzeitlicher Eingriff in den Gewässerrandstreifen auf einer Länge von rund 45 m. Durch die bauzeitliche Verrohrung und Geländeprofilierung wird der Bewuchs vorübergehend entfernt, jedoch nach Abschluss der Baumaßnahme vollständig wiederhergestellt. Standortgerechte Bäume und Sträucher sind nicht vorhanden.

Die bauzeitlich geschlossene geplante Querung des Grabens am Feldweg greift in den existierenden Gewässerrandstreifen ein. Somit ist eine temporäre Befreiung von den Verbotstatbeständen gemäß § 38 Abs. 4 WHG erforderlich. Die weiteren Verbotstatbestände nach § 38 Abs. 4 WHG werden nicht erfüllt.

Durch den SOL ist am Graben am Feldweg jedoch kein Schutz- und Risikogebiet nach WHG / WG LSA, BNatSchG und Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen länderübergreifenden Hochwasserschutz (BRPHV) betroffen.

Der § 50 Abs. 1 WG LSA legt abweichend zu § 38 Abs. 3 WHG fest, dass der Gewässerrandstreifen an oberirdischen Gewässern erster Ordnung zehn Meter und bei Gewässern zweiter Ordnung fünf Meter breit ist. Für den Graben am Feldweg bedeutet das, dass der Gewässerrandstreifen 5 m beträgt.

Der erforderliche wasserrechtliche Antrag für die Anlage an diesem Gewässer sowie für die Verbotsbefreiung für die Maßnahmen im Gewässerrandstreifen liegen entsprechend vor (Teile K2.3.18 und K2.4.1).

Im Bereich der offenen Gewässerquerung wurden folgende Biotope kartiert (Details s. Kartierergebnisse der Biotope: Teil L5.2) – aufgelistet in Reihenfolge ihrer Biotopwerte, beginnend mit dem höchsten Wert:

- trockene bis feuchte Stauden- und Ruderalfluren,

- Ackerbiotope und
- Verkehrs-/Infrastrukturflächen.

1.7.2 Vorhabenwirkungen auf das Gewässer und die Uferzone

Im Zusammenhang mit den baulich bedingten Gewässerverrohrungen ergibt sich indirekt jeweils eine Relevanz für die Oberflächenwasserkörper „Schrote von Quelle bis Ortsrand MD-Diesdorf“ und „Marbe - von Quelle bis Salzstellen Sülldorf“. Direkt ergibt sich jeweils eine Relevanz für die Kleingewässer Siegrenne und Graben am Feldweg.

Durch die bauzeitliche Gewässerverrohrungen werden im Gewässerquerschnitt Ufer- und Sohlbereiche verdichtet bzw. temporär versiegelt. Damit entfallen vorübergehend lokal die Habitate und Gewässerstrukturen im Uferbereich der Gewässer. Aufgrund der temporären Verrohrung wird besonders die Gewässersohle der beiden Gewässer beeinträchtigt, wobei die Sohlstruktur und das Sohlsubstrat lokal beeinflusst und verdichtet werden.

Die Entfernung des Uferbewuchses ist dabei innerhalb des Arbeitsstreifens, auf Höhe der bauzeitlichen Gewässerverrohrung, notwendig. Dadurch wird hier temporär das Biotop der Uferzone „Ufergehölze an Gewässern“ beeinträchtigt. Allerdings sind weder an der Siegrenne noch am Graben am Feldweg standortgerechte Bäume und Sträucher vorhanden. An der Siegrenne wird für die Errichtung der Gewässerverrohrung eine Vegetationslücke genutzt.

1.7.3 Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen

Die Planung der bauzeitlichen Verrohrungen an den genannten Kleingewässern erfolgen derart, dass eine Überbauung / Versiegelung der Gewässer und damit eine langfristige Auswirkung auf den Oberflächenwasserkörper ausgeschlossen werden kann (Teile K2.3.18 und K2.3.19). Der hydraulische Nachweis beider bauzeitlichen Gewässerverrohrungen wurde für das behördlich abgestimmte Bemessungsereignis HQ5 geführt, welcher den Bemessungsabfluss darstellt. Der Nachweis der Hochwasserneutralität ist erbracht, wenn der gewählte Rohrquerschnitt den Bemessungsabfluss von 200 l/s abführen kann. Um einen zu großen Querschnitt der Rohrleitung zu vermeiden, sind an der Siegrenne ein Rohr DN 600 und am Graben am Feldweg ein Rohr DN 400 vorgesehen. Daraus ergibt sich, dass die geplanten Querungen im angesetzten Bemessungsfall von HQ5 zu keinen nachteiligen Beeinträchtigungen der jeweiligen Abflussverhältnisse führen.

Durch die bauzeitlichen Gewässerverrohrungen kommt es temporär und kleinräumig zu potenziellen Auswirkungen auf die hydromorphologischen und biologischen Qualitätskomponenten. Aufgrund der gewählten Abschnitte mit jeweils untergeordneter ökologischer Relevanz und eines kleinräumigen Bereiches von 18 m (Siegrenne) bzw. max. 45 m (Graben am Feldweg), kann infolge des sogenannten Strahlwirkungskonzeptes eine negative Wirkung für die Gewässer ausgeschlossen werden (DRL (HRSg.) 2008; LANUV NORDRHEIN-WESTFALEN (HRSg.) 2011). Nach Abschluss der Bauarbeiten werden die Verrohrungen entfernt und die Bereiche der Querungen wiederhergestellt, so dass die beanspruchten Flächen ihre schutzgutspezifischen Funktionen wieder übernehmen können (z. B. Verbesserung der Wiederbesiedlung durch Rekultivierung). Folglich besteht grundsätzlich keine Gefahr einer langfristigen Veränderung des Bodens bzw. Untergrundes, weswegen eine Verschlechterung des ökologischen Zustandes/Potenzials für die betroffenen Oberflächenwasserkörper „Schrote von Quelle bis Ortsrand MD-Diesdorf“ und „Marbe - von Quelle bis Salzstellen Sülldorf“ ausgeschlossen werden kann (Teil J). Außerdem greift jeweils die Ausgleichsmaßnahme A 15: Wiederherstellung von Fließgewässerbiotopen. Ziel ist es, die geschädigten Funktionen im Ufer- und Sohlbereich wiederherzustellen und auf diese Weise nachhaltige und dauerhafte Beeinträchtigungen zu vermeiden oder zu mindern (Anlage I2, Kapitel 4.15).

Grundsätzlich wurde bei der Planung der bauzeitlichen Gewässerverrohrungen darauf geachtet, einen Eingriffsort von niedriger ökologischer Wertigkeit auszuwählen und den Eingriff möglichst zu minimieren: keine Betroffenheit standortgerechter Gehölze und Nutzung von Vegetationslücken.

Die bauzeitliche Inanspruchnahme bzw. Beeinflussung der Gewässerrandstreifen soll ebenso minimiert werden (Teile K2.3.18 und K2.3.19). Nach Abschluss der Baumaßnahmen werden die ursprünglichen Gewässerrandstreifen in ihren bisherigen Funktionen vollständig wiederhergestellt.

Zusammenfassend sind die entstehenden Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes/Landschaftsbildes, insbesondere im Hinblick auf die Funktion der Gewässer und ihrer Uferzonen, durch die temporär durchzuführenden Gewässerverrohrungen als geringfügig eingestuft. Zudem wird durch die technische Planung und die entsprechenden Ausgleichsmaßnahmen sichergestellt, dass sich der ursprüngliche Zustand der beiden Gewässer an der jeweiligen Eingriffsstelle so schnell wie möglich wieder einstellen kann.

Folglich sind die Voraussetzungen für eine Ausnahme nach § 61 Abs. 3 Nr. 1 erfüllt.

1.7.4 Fazit und Antragstellung

Es wird ein Antrag auf Ausnahme gemäß § 61 Abs. 3 BNatSchG gestellt. Da es sich bei den betroffenen Gewässern, Siegrenne und Graben am Feldweg, um Gräben mit artenarmer Vegetation handelt (Biotoptyp: FGK) und diese nur bauzeitlich beansprucht werden, sind die Funktionen beider Gewässer und ihrer Uferzonen sowie die Landschaftsbilder durch die Wiederherstellung der Biotopflächen am gleichen Ort kurzfristig regenerierbar. Grundsätzlich ist an den beiden Gewässern jeweils die Voraussetzung für eine Ausnahme nach § 61 Abs. 3 Nr. 1 BNatSchG erfüllt.

Quellen- und Literaturverzeichnis

DRL (HRSG.) (2008): Kompensation von Strukturdefiziten in Fließgewässern durch Strahlwirkung. Deutscher Rat für Landespflege e. V. (DRL), (S. 1–139).

LANUV NORDRHEIN-WESTFALEN (HRSG.) (2011): Strahlwirkungs- und Trittssteinkonzept in der Planungspraxis. Recklinghausen: Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV), (S. 1–99).

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Beschreibung
A	Ausgleichsmaßnahme
A/E	Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme
Abs.	Absatz
AFB	Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag
BBPlG	Bundesbedarfsplangesetz
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BRPHV	Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen länderübergreifenden Hochwasserschutz (Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz)
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
DC	Gleichstrom (engl. direct current)
d. h.	das heißt
EU	Europäische Union
FGK	Graben mit artenarmer Vegetation
ha	Hektar (Maßeinheit für die Fläche)
HDD	Horizontal-Directional-Drilling (Horizontalspülbohrverfahren)
HQ5	5-jährliches Hochwasser
i. S. d.	im Sinne des
i. V. m.	in Verbindung mit
Kap.	Kapitel
KAS	Kabelabschnittsstation
km	Kilometer (Maßeinheit für die Länge)
km ²	Quadratkilometer (Maßeinheit für die Fläche)
KÜS	Kabelübergangsstation
kV	Kilovolt (1.000 Volt)
LandesNatSchG	Landesnaturschutzgesetz
LBP	Landschaftspflegerischer Begleitplan
LSG	Landschaftsschutzgebiet

m	Meter (Maßeinheit für die Länge)
m ²	Quadratmeter (Maßeinheit für die Fläche)
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz
NatSchG LSA	Naturschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt
Natura2000	Natura 2000 ist der Name für ein europaweites Netz von nach EU-Recht geschützten besonderen Schutzgebieten. Natura 2000 umfasst die Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung nach der FFH-Richtlinie sowie die Schutzgebiete nach der EU-Vogelschutzrichtlinie. Kohärentes Netz besonderer Schutzgebiete innerhalb der EU (FFH- und SPA-Gebiete).
Nr.	Nummer
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht Rechtsprechung-Report
OVG	Oberverwaltungsgericht
s.	siehe
SOL	SuedOstLink
SPA	Special Protected Area (EU-Vogelschutzgebiet)
u. a.	anter anderem
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
V	Vermeidungsmaßnahme
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
WG LSA	Wassergesetz für das Land Sachsen-Anhalt
WHG	Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz)
z. B.	zum Beispiel